

05.009

Aussenwirtschaftspolitik. Bericht 2004

Politique économique extérieure. Rapport 2004

Erstrat – Premier Conseil

Bericht und Botschaften des Bundesrates 12.01.05 (BBl 2005 1089)

Rapport et messages du Conseil fédéral 12.01.05 (FF 2005 993)

Nationalrat/Conseil national 09.03.05 (Erstrat – Premier Conseil)

Nationalrat/Conseil national 09.03.05 (Fortsetzung – Suite)

Ständerat/Conseil des Etats 15.03.05 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Antrag der Minderheit

(Müller Geri, Cuche)

Rückweisung an den Bundesrat

mit dem Auftrag, die Vorlage in einen Bericht und in eine Strategievorlage zu trennen.

Antrag der Minderheit

(Gysin Remo, Banga, Cuche, Gross Andreas, Jutzet, Maury Pasquier, Müller Geri, Müller-Hemmi, Rennwald)

Rückweisung von Kapitel 1 an den Bundesrat

mit folgenden Auflagen zur Überarbeitung:

- a. Kohärenz mit den Millenniumszielen;
- b. Verhandlungsangebote und Entscheidungen in internationalen Wirtschaftsorganisationen, wie der WTO und Institutionen von Bretton Woods, die in der Schweiz nicht entsprechend gesetzlich geregelt sind, werden unterlassen. Die demokratische Innenpolitik darf nicht durch die undemokratische Aussenwirtschaftspolitik unterlaufen werden.

Proposition de la minorité

(Müller Geri, Cuche)

Renvoi au Conseil fédéral

avec mandat de présenter le rapport et la stratégie dans deux documents distincts.

Proposition de la minorité

(Gysin Remo, Banga, Cuche, Gross Andreas, Jutzet, Maury Pasquier, Müller Geri, Müller-Hemmi, Rennwald)

Renvoi du chapitre 1 au Conseil fédéral

avec mandat:

- a. de vérifier la cohérence avec les objectifs du Millénaire;
- b. de renoncer aux offres de négociation et aux décisions dans les organisations internationales comme l'OMC et les institutions de Bretton Woods, qui ne sont pas réglementées par la loi en Suisse.

La politique extérieure, antidémocratique, ne doit pas nuire à l'efficacité de la politique intérieure, qui respecte les principes de la démocratie.

Markwalder Bär (RL, BE), für die Kommission: Die Schweiz ist traditionell ein Land mit enger aussenwirtschaftlicher Verflechtung. Diese hat evident zur Wohlstandsentwicklung in unserem Land beigetragen. Der tiefgreifende Umbruch der Weltwirtschaft erfordert deshalb auch in der Aussenwirtschaftspolitik der Schweiz Anpassungen an die neuen Gegebenheiten. Aus diesem Grund präsentiert uns der Bundesrat in seinem Bericht zur Aussenwirtschaftspolitik 2004 nicht nur eine Auflistung der aussenwirtschaftlichen Tätigkeiten im letzten Jahr, sondern erstmals auch eine Aussenwirtschaftsstrategie. Diese verfolgt als oberstes Ziel die Steigerung des Wohlstandes in der Schweiz und will deshalb Exporte fördern, den Marktzutritt für Importe verbessern und die Integration möglichst vieler Länder in die Weltwirtschaft anstreben.

Die bundesrätliche Strategie anerkennt explizit, dass eine Aufspaltung der Wirtschaftspolitik in rein aussenwirtschaftliche und rein binnenwirtschaftliche Bereiche für unser Land keinen Sinn mehr macht und dass deshalb den folgenden

drei Dimensionen besondere Bedeutung geschenkt werden muss:

1. Marktzugang im Ausland und internationales Regelwerk: Als kleine, aber bedeutende und weltoffene Volkswirtschaft bevorzugt die Schweiz Regelungen für den Marktzutritt und für den Schutz von Investitionen auf multilateralem Weg, namentlich innerhalb der Welthandelsorganisation WTO. Im Gegensatz zu den weltweit rapid zunehmenden bilateralen und plurilateralen Abkommen garantiert ein multilaterales Regelwerk den Schutz der schweizerischen Anbieter vor Diskriminierung und institutionell die Durchsetzbarkeit der vereinbarten Ansprüche. Ergänzend werden mit pluri- und bilateralen Wirtschaftsabkommen der Marktzutritt und der Investitionsschutz abgesichert und verbessert. Bezüglich des Wirtschaftsraumes auf dem europäischen Kontinent bedeutet dies die grenzüberschreitende Schaffung von Binnenmarktverhältnissen, also die Harmonisierung bzw. Koordination einzelner Rechtsbereiche.

2. Binnenmarktpolitik der Schweiz: Die Leistungsfähigkeit der Binnenwirtschaft ist ausschlaggebend für den Erfolg eines Landes, was die Exporte von Waren und Dienstleistungen sowie die ausländischen Direktinvestitionen anbelangt. Die Schweiz muss deshalb die Wettbewerbsfähigkeit von binnenorientierten Sektoren vorantreiben. Neben den vor allem durch Steuern und Abgaben finanzierten Sektoren Gesundheit und Bildung sind dies auch die Landwirtschaft und die Baubranche.

3. Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung in Partnerländern: Die wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit ist ein integrierender Bestandteil der Schweizer Aussenwirtschaftspolitik. Die Chancen der Globalisierung müssen auch von den Entwicklungs- und Transitionsländern genutzt werden können, mit dem Ziel, die Armut zu verringern. Dieses Ziel entspricht dem Verfassungs- und Gesetzesauftrag und steht mit den Uno-Millenniumszielen in Einklang.

Aufgrund dieser Strategie hat sich der Bundesrat im Bericht fünf Ziele gesetzt, die von fünfzehn Leitlinien begleitet werden, und hat er den entsprechenden Handlungsbedarf ausgewiesen. Die Aussenwirtschaftsstrategie mag für viele auf den ersten Blick sehr theoretisch anmuten, was in unserer Kommission teilweise auch kritisiert wurde. Doch sie ist, auf einem zugegebenermassen hohen Abstraktionsniveau, in sich kohärent, was darauf hoffen lässt, dass sie sich konkretisieren und umsetzen lässt, sodass dem hohen internationalen Verflechtungsgrad der schweizerischen Wirtschaft Rechnung getragen werden kann und die Prosperität unseres Landes dank der aussenwirtschaftlichen Beziehungen verbessert werden kann.

Erwähnenswert ist der Vergleich mit anderen europäischen Staaten ähnlicher Grösse. Mit dem Beitritt zur Europäischen Union konnten Schweden, Finnland und Österreich ihre internationale wirtschaftliche Verflechtung deutlich stärker steigern als die Schweiz. Als Herkunftsland für Direktinvestitionen hat die Schweiz weiterhin eine führende Stellung, nur hat sich in den letzten Jahren der Graben zwischen ausländischen Direktinvestitionen in der Schweiz und Direktinvestitionen der Schweiz im Ausland zunehmend vergrössert. Punkto Aussenhandelsverflechtung liegt die Schweiz immer noch vor Finnland, Norwegen oder Portugal, aber hinter Schweden, Dänemark oder Österreich und deutlich hinter Irland und den Benelux-Staaten.

Neben der Aussenwirtschaftsstrategie gibt der Bericht Auskunft über die aussenwirtschaftlichen Tätigkeiten der Schweiz in Bezug auf die Europäische Union, die Europäische Freihandelszone Efta, die multilaterale Wirtschaftszusammenarbeit im Rahmen von OECD, WTO und Uno, über das internationale Finanzsystem, die wirtschaftliche Zusammenarbeit, die bilateralen Beziehungen sowie über die autonome Aussenwirtschaftspolitik im Rahmen von Export-, Embargo-, Investitions-, Standortpromotions- und Tourismuspolitik.

Zusammenfassend: Zum Bericht zur Aussenwirtschaftspolitik 2004 kann festgehalten werden, dass die Kommission die erstmals formulierte aussenwirtschaftliche Strategie begrüsst und die aussenwirtschaftlichen Tätigkeiten der Schweiz im

vergangenen Jahr zur Kenntnis nimmt. Des Weiteren unterstützt unsere Kommission das Freihandelsabkommen zwischen den Efta-Staaten und der Republik Libanon sowie die Rückversicherungsverträge auf dem Gebiet der Exportrisikogarantie zwischen der Schweiz und den Niederlanden sowie zwischen der Schweiz und Polen. Diese Abkommen bilden einen integralen Bestandteil des Berichtes zur Aussenwirtschaftspolitik 2004 und müssen nicht nur zur Kenntnis genommen, sondern auch genehmigt werden.

Die Aussenpolitische Kommission hat den vorliegenden Bericht im Rahmen ihrer Kommissionssitzungen vom 21. und 22. Februar 2005 in Anwesenheit der zuständigen Bundesräte beraten. Aufgrund eines Antrages Rennwald und wegen der vielschichtigen Bedeutung der schweizerischen Aussenwirtschaftspolitik wurden im Rahmen unserer Kommissionssitzungen mit Vertreterinnen und Vertretern von Economie-suisse, Swissmem, Gewerkschaftsbund und Erklärung von Bern Anhörungen durchgeführt. Die Anhörungen boten uns die Möglichkeit, die Meinungen von Vertreterinnen und Vertretern der Akteure im internationalen Bereich, seien dies Wirtschaft, Gewerkschaften oder Nichtregierungsorganisationen, zum Bericht zur Aussenwirtschaftspolitik 2004 zu erfahren und ihre Sicht der Dinge zu hören.

In Bezug auf diesen Bericht liegen uns zwei Anträge vor, die wir bereits in der Kommission diskutiert haben: Einerseits ist dies der Antrag der Minderheit Gysin Remo, der die Rückweisung von Kapitel 1 mit folgenden zwei Auflagen verlangt: Erstens verlangt er Kohärenz mit den Millenniumszielen; zweitens sollen Verhandlungsangebote und Entscheidungen in internationalen Wirtschaftsgremien, wie der WTO und der Bretton-Woods-Institutionen, die in der Schweiz nicht gesetzlich geregelt sind, unterlassen werden. Andererseits liegt ein Antrag der Minderheit Müller Geri vor, die verlangt, der Bericht sei an den Bundesrat zurückzuweisen mit dem Auftrag, die Vorlage in einen Bericht und in eine Strategievorlage zu trennen.

In der Kommission wurden die beiden Anträge einander gegenübergestellt. Der Antrag Gysin Remo obsiegte mit 8 zu 1 Stimmen; schliesslich setzte sich ein Antrag Schlüer, wonach beide Anträge abzulehnen seien, gegen den Antrag Gysin Remo mit 11 zu 8 Stimmen durch.

Zu den beiden Anträgen ist Folgendes zu bemerken:

Zum Antrag der Minderheit Gysin Remo: Der Bericht gibt bei genauer Lektüre bereits die Zusammenhänge der schweizerischen Aussenwirtschaftspolitik mit den Uno-Millenniumszielen wieder, so z. B. auf den Seiten 1112 und 1113, wo geschrieben steht: «Für die wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit sowie für den Dialog mit industrialisierten Ländern von grosser Bedeutung sind deshalb die Mitgliedschaft und die Beiträge der Schweiz in internationalen Organisationen, die im wirtschaftlichen Bereich tätig sind (IWF, Weltbank, regionale Entwicklungsbanken, WTO, OECD, Unter- und Spezialorganisationen der Uno). Dies bedeutet, dass sich auch die Schweiz vermehrt bemühen muss, Kohärenz zwischen den verschiedenen Aspekten der Aussenbeziehungen und der Binnenmarktpolitik herzustellen und gleichzeitig ihren Beitrag zur Erfüllung internationaler Vereinbarungen zu leisten. Hierzu geben die Millenniums-Entwicklungsziele der Uno einen verbindlichen Rahmen vor. Im Vordergrund steht dabei das achte Ziel, das im Sinne einer globalen Entwicklungspartnerschaft auch ein faires Handelssystem verlangt.» Die Millenniumsziele sind aber auch auf den Seiten 1142 und 1143 im Zusammenhang mit der Strategie für die wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit, auf Seite 1163 im Zusammenhang mit der Entwicklungspolitik und auf den Seiten 1179, 1193 und 1195 erwähnt. Die Kommissionsmehrheit beantragt Ihnen, diesem Antrag nicht zuzustimmen.

Zum Antrag der Minderheit Müller Geri: Die Vorlage ist bereits in einen Strategie- und einen Aussenwirtschaftsteil gegliedert. Eine Rückweisung macht unter diesen Umständen keinen Sinn. Dieser Antrag erhielt in der Kommission nur die Stimme des Urhebers.

Deshalb beantrage ich Ihnen mit einer enorm grossen Mehrheit Ihrer Kommission, ihm nicht zuzustimmen.

Darbellay Christophe (C, VS), pour la commission: La commission a traité en février dernier le rapport sur la politique économique extérieure 2004 de la Suisse. Pour la première fois, celui-ci comporte non seulement la traditionnelle rétrospective des activités de la Suisse en matière de politique économique extérieure, mais également une partie prospective. Ainsi, et c'est une première, la Suisse dispose désormais d'une stratégie qui présente les orientations à moyen terme de la politique économique extérieure. Cette innovation n'a d'ailleurs pas manqué de susciter des débats nourris au sein de la commission, et ce n'est pas le nombre d'interventions à venir qui infirmera cette donne.

De manière générale, la commission a pris acte de ce rapport et a bien accueilli la nouvelle stratégie, même si elle a parfois été critiquée en tant qu'analyse jugée trop abstraite. Notre pays est petit, mais reste une grande puissance économique: 120e par sa taille, 98e par sa population; il fait partie des 25 puissances économiques du monde et demeure dans le «top ten» en matière d'investissements. La Suisse a su, grâce à un système économique libéral bien intégré dans l'économie mondiale, profiter très largement de la globalisation des échanges. Cette ouverture a engendré l'émergence de branches économiques spécialisées et très compétitives.

La partie introductive du rapport présente une stratégie à moyen terme pour notre politique économique extérieure. Elle énonce les grands principes et les lignes de force de notre politique économique à moyen terme. Les mutations majeures de notre environnement socioéconomique sont prises en compte: il s'agit notamment de la globalisation des échanges, des marchés émergents, des évolutions qui touchent l'Union européenne ou encore du nombre croissant d'accords de libre-échange conclus entre deux ou plusieurs pays. Ces changements de plus en plus rapides, liés à l'apparition de nouvelles grandes puissances – je citerai l'Inde, la Chine ou le Brésil –, nous obligent à nous repositionner en permanence et à nous adapter. Il en va de notre prospérité.

Notre politique économique extérieure constitue un point fort du programme de croissance. La nouvelle stratégie indique les lignes directrices ayant trait à l'accès aux marchés étrangers.

D'abord, notre stratégie insère la politique économique extérieure dans la politique économique en général. Ces deux domaines ne forment plus qu'un.

Ensuite, notre stratégie prend en compte le nombre croissant d'accords internationaux de libre-échange. Il y en aurait, selon les sources, plus de 200. Notre stratégie consiste à agir non seulement par région et par pays, mais également en termes de secteurs. Je citerai entre autres les services, les investissements, le marché du travail ou le droit de la concurrence. Elle exerce une influence sur le cadre institutionnel. C'est l'OMC qui conserve notre faveur, car si nous y obtenons un avantage, celui-ci s'applique par définition aux 148 pays membres de l'organisation.

Notre stratégie, enfin, rapproche la politique extérieure de la politique intérieure. La marge de manœuvre au niveau des négociations internationales nous est donnée par la politique interne. Par exemple, les réformes de la politique agricole déterminent en théorie ce que nous sommes en mesure de promettre ou de concéder au sein de l'OMC.

Notre politique comporte trois dimensions:

1. l'accès au marché, que nous voulons le meilleur possible à l'échelle planétaire;
2. la politique intérieure, qui détermine notre marge de manœuvre sur le plan international;
3. l'aide au développement qui, en plus de la lutte contre la pauvreté et de ses aspects philanthropiques, vise à défendre au mieux nos intérêts économiques et à faire de nos partenaires d'aujourd'hui des interlocuteurs stables et des clients fidèles pour demain.

La base de notre politique économique extérieure vise à améliorer notre compétitivité sur la base d'un rapprochement économique avec l'Union européenne, notre principal

débouché, des Bilatérales I et II, de l'extension de la libre circulation des personnes et, enfin, de l'OMC, qui conserve un attrait tout particulier pour une puissance économique moyenne comme la Suisse.

Ces deux axes majeurs sont complétés par la conclusion d'accords de libre-échange ou de coopération économique. Ceux-ci sont négociés la plupart du temps au sein de l'AELE, mais pourraient être de plus en plus souvent conclus sur une base autonome. Dans cette optique, les questions que nous nous posons reviennent sans cesse: quelles sont les discriminations qui pèsent sur la Suisse? quels sont nos intérêts? quels sont les intérêts de nos partenaires et qui sont-ils?

Le rapport 2004 paraît dans un contexte mondial relativement favorable. Jamais la croissance économique mondiale n'avait été aussi forte. Le secteur des exportations suisses a connu un développement réjouissant avec 8,5 pour cent de croissance nominale et 6 pour cent en termes réels. La balance commerciale se solde par un excédent de 8,5 milliards de francs. La Suisse a enfin renoué avec la croissance, certes modeste, qui s'établit à 1,8 pour cent mais, malheureusement, qui ne se traduit pas ou pas encore par un abaissement du taux de chômage. Divers éléments nous inquiètent: la situation économique en Allemagne, le cours élevé du dollar et le prix du pétrole brut.

Lors de ses débats, la commission a procédé à l'audition de représentants d'Economiesuisse, de Swissmem, de la Déclaration de Berne et des milieux syndicaux. Les débats de la commission ont porté principalement sur la partie stratégique du rapport.

La majorité des membres de la commission a salué une présentation exhaustive, structurée et cohérente de la nouvelle politique économique extérieure. Les esprits plus critiques ont souligné le côté très académique, pour ne pas dire théorique, de ce rapport. Leur enthousiasme s'est notamment heurté à l'absence d'éléments concrets, ciblés, opérationnels. Le ministre de l'économie leur a rétorqué qu'il s'agissait bien d'une réflexion stratégique, qui devrait être suivie d'une mise en oeuvre opérationnelle à laquelle ses services travaillaient. D'autres membres de la commission ont regretté l'absence d'une analyse approfondie du phénomène de la globalisation et de ses conséquences sur la gestion durable des ressources. Certaines personnes ont mis en doute le manque de coordination entre la politique économique et la politique étrangère de la Suisse. D'autres enfin ont pensé que certains services de la Confédération faisaient pression sur la politique intérieure en se servant des négociations internationales.

La commission s'est penchée sur deux propositions, la première défendue par la minorité Müller Geri, qui visait le renvoi du rapport au Conseil fédéral, et qui priait ce dernier de scinder le présent rapport en deux documents distincts, la partie stratégique et le rapport classique. La seconde proposition, défendue par la minorité Gysin Remo, demandait de compléter la partie stratégique du rapport, afin de mettre en évidence la politique économique extérieure face aux objectifs du Millénaire, et de renoncer aux offres de négociation et aux décisions dans les organisations internationales – notamment l'OMC et les institutions de Bretton Woods –, qui ne sont pas ancrées dans le droit suisse.

Dans un premier temps, la proposition Gysin Remo a été préférée à la proposition Müller Geri, par 8 voix contre 1 et 10 abstentions. Par la suite, la commission a rejeté la proposition Gysin Remo, par 11 voix contre 8.

La commission a pris acte du rapport et vous propose d'en faire de même.

Enfin, la commission a adopté dans un même temps deux accords de libre-échange, qui figurent en annexe au rapport. Il s'agit d'un accord entre les membres de l'AELE et le Liban, adopté par 13 voix contre 1. Enfin, deux accords de réassurance en matière de garantie contre les risques à l'exportation, l'un entre la Suisse et les Pays-Bas, l'autre entre la Suisse et la Pologne, ont été adoptés à l'unanimité.

Ainsi, la commission vous recommande d'adopter les deux arrêtés fédéraux relatifs auxdits accords.

Müller Geri (G, AG): Wir, die grüne Fraktion, möchten den Bericht zurückweisen, mit der Idee, das Kapitel 1 vom Rest des Berichtes abzutrennen. Es ist eigentlich eine ganz einfache Übung: In der Verwaltung braucht es hierfür einen Knopfdruck am Computer – copy, paste –, und wir haben einen Bericht, den wir nicht bestreiten, einen Bericht, den man lesen und zur Kenntnis nehmen muss, aus dem man Lehren ziehen muss, und wir haben eine Strategie.

Über diese Strategie müssen wir hier in diesem Saal aber intensiv diskutieren, und dafür reicht eine Debatte in Kategorie II nicht aus. Denn: Was hier geschrieben wird, was die Aussenwirtschaft alles bewirken soll, entspricht einem grossen Programm. Zum Beispiel soll sie innenpolitische Reformen vorantreiben. Eine wirtschaftspolitische Strategie, die auf der Liberalisierung des Binnenmarktes basiert, gehört aber weder in einen retrospektiven Bericht noch in die alleinige Kompetenz des Bundesrates. Sie fällt vielmehr in die Kompetenz des Parlamentes und bedarf einer breiten öffentlichen Diskussion.

Der Bundesrat verlässt mit dieser Strategie den seit «Seattle» eingeschlagenen Weg. Bis anhin verfolgte er nur in denjenigen Sektoren eine offensive Aussenpolitik, in denen ihn eine gefestigte innenpolitische Position stützte. Nun marschiert er aussenpolitisch bei Themen voran, bei denen national weder gesetzliche Grundlagen bestehen noch politischer Konsensus besteht. Explizit genannt werden beispielsweise die Liberalisierung der Bildung und des Gesundheitswesens. Der Bundesrat versucht mit dieser Strategie, innenpolitische Reformen via Aussenpolitik voranzutreiben. Diese Strategie steht zudem im Widerspruch zu den entwicklungs- und umweltpolitischen Zielen der Schweizer Aussenpolitik. Die Schweizer Aussenwirtschaftspolitik muss mit der Schweizer Entwicklungspolitik kohärent sein. Das heisst: Die Aussenwirtschaftspolitik muss nebst dem Anliegen des Marktzugangs für Schweizer Firmen ebenso die Auswirkungen auf den Handlungsspielraum der Entwicklungsländer betrachten. Andernfalls ist die Zusicherung auch der Schweiz, bis 2015 die Millenniumsziele erreichen, also die Armut auf der Welt um die Hälfte senken zu wollen, toter Buchstabe.

Die Strategie bezeichnet die Einbindung der ärmeren Länder in die Weltwirtschaft als das geeignete Mittel, um die Armut zu vermindern. Dementsprechend lautet die zugrunde liegende Argumentation, zwischen 1950 und 2003 sei der weltweite Warenhandel jährlich um 6 Prozent gestiegen. Gewinner in diesem Prozess seien diejenigen Länder, die ihre Wirtschaft nach aussen geöffnet hätten. Mit dem Bezug auf diese Periode verschleierte der Bericht aber die Tatsache, dass seit den Achtzigerjahren mit der forcierten Integration der Entwicklungsländer in den Weltmarkt und mit dem Ende der binnenmarktorientierten Wirtschaftspolitik die Wachstumsraten abgenommen haben. Der Zusammenhang von Handelsliberalisierung und Wachstum kann nur bei denjenigen Ländern bestätigt werden, die bereits sehr wettbewerbsfähige Sektoren hatten und gleichzeitig weniger wettbewerbsfähige Sektoren mit staatlichen Massnahmen gegen Konkurrenz schützten, die also einen Mix von beidem hatten.

Die Strategie des Bundesrates betont weiter die Bedeutung des Multilateralismus – und auch das ist wieder einer breiten Diskussion würdig. Dennoch wird, auch mit Entwicklungsländern, zunehmend auf bilaterale und plurilaterale Handelsabkommen gesetzt, deren Regeln über die WTO-Regeln hinausgehen. Bereits im Jahr 2003 erklärte der Bundesrat in seiner Botschaft zum Freihandelsabkommen mit Chile, dass die bilateralen Abkommen eine Vorreiterrolle übernehmen sollten, um die WTO noch weiter zu entwickeln – sprich: um eine Verschärfung vorzunehmen. Nebst WTO-plus-Regeln beim geistigen Eigentum soll die Schweiz mit Entwicklungsländern vor allem auch in Bereichen verhandeln, in denen die WTO sehr umstritten ist: Dienstleistungen, Investitionen, öffentliches Beschaffungswesen und Wettbewerbsregeln.

Unser Problem ist, dass wir den Bundesrat ernst nehmen, dass wir den Buchstaben der Botschaft ernst nehmen. Wir

möchten, dass das, was der Bundesrat im ersten Kapitel geschrieben hat, diskutiert wird. Deshalb habe ich vorhin gesagt, es sei eine einfache Übung, wir könnten diese Botschaft auftrennen. Wir könnten anschliessend über das zweite und die folgenden Kapitel diskutieren und über das erste Kapitel eine breite Diskussion führen. Denn hier im Saal und draussen in der Bevölkerung ist es umstritten, ob die Liberalisierung wirklich das gewaltige Rezept für den Fortschritt ist. Es geht darum, dass wir uns über die WTO breit unterhalten können. Dazu wird später mein Kollege Fernand Cuéche auch noch ein paar Worte sagen. Ich bitte Sie also sehr, diesen Rückweisungsantrag anzunehmen.

Gysin Remo (S, BS): Im Bericht zur Aussenwirtschaftspolitik 2004 werden erstmals Strategien, Ziele und Leitlinien in Verbindung mit den drei politischen Dimensionen Binnenwirtschaft, Aussenwirtschaft und Entwicklungszusammenarbeit angesprochen. Leider erfolgt dies einerseits sehr abstrakt und wenig differenziert, andererseits teilweise widersprüchlich und insgesamt offensichtlich nicht kohärent. Unser Antrag auf Rückweisung ist deshalb mit zwei Auflagen verbunden, auf die ich kurz eingehen möchte.

Zur ersten Auflage: Wir wünschen uns Kohärenz mit den Millenniumszielen. Die Aussenwirtschaftspolitik muss nebst dem Marktzugang für Schweizer Firmen auch – und vor allem – die Auswirkungen auf den Handlungsspielraum der Entwicklungsländer beachten. Andernfalls ist die Zusage – auch die der Schweiz –, bis im Jahr 2015 die Millenniumsziele zu erreichen, also die Armut halbieren zu wollen, toter Buchstabe. In diesem Bereich ist der Bericht ausserordentlich schwach. Der Bundesrat geht von der einfachen Formel aus: Mehr Marktöffnung bedeutet mehr Wachstum und hiermit mehr Wohlstand. Wenn Sie nun die Situation weltweit analysieren, sehen Sie, dass diese Formel nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen stimmt und dass sie für die ärmsten Länder nicht zutrifft. Die 49 ärmsten Länder sind in den letzten Jahren ärmer und nicht reicher geworden. Der Bundesrat argumentiert auch auf einem falschen Weg. Er manipuliert eigentlich ein bisschen. Ich kann Ihnen das zeigen: Er argumentiert, der weltweite Warenhandel sei zwischen 1950 und 2003 jährlich um durchschnittlich 6 Prozent gewachsen und die Gewinner bei diesem Prozess seien diejenigen Länder gewesen, die ihre Wirtschaft nach aussen geöffnet hätten. Dazu ist erstens zu sagen, dass wir ein völlig anderes Bild hätten, wenn wir eine andere Periode nehmen würden. Mit dem Bezug auf die Periode 1950 bis 2003 verschleiert der Bericht die Tatsache, dass die Wachstumsraten seit den Achtzigerjahren mit der forcierten Integration der Entwicklungsländer in den Weltmarkt und mit dem Ende der Substitutionspolitik abgenommen haben. Zweitens: Auch wenn es einen Zusammenhang zwischen Handelsliberalisierung und Wachstum gibt, sagt dies noch überhaupt nichts über die Wohlstandsverteilung aus. Drittens – das muss ich noch einmal wiederholen – kann ein solcher Zusammenhang nur bei denjenigen Ländern bestätigt werden, die bereits sehr wettbewerbsfähig sind und weniger wettbewerbsfähige Sektoren durch staatliche Massnahmen gegen Konkurrenz schützen.

Auch dafür kann ich ein Beispiel nennen: In der bundesrätlichen Strategie werden China, Indien und andere erfolgreich aufholende Industrialisierer als Beispiel für das segensreiche Wirken der Integration in die Weltwirtschaft zitiert. Aber alle diese Länder setzen seit Jahren auf einen Politikmix, der von einer freihändlerischen Politik der forcierten Weltmarktintegration weit entfernt ist. Hingegen tun sich jene Entwicklungsländer schwer, die mittels Krediten der Weltbank zu einer überstürzten Marktöffnung gezwungen wurden. Es gibt dafür verschiedene Paradebeispiele – Kirgistan ist eines, aber es gibt auch sehr viele afrikanische Länder und Länder in Südamerika. Das hat sogar die Weltbank gemerkt, und sie hat daraufhin 2004 ihre neue Kreditvergabe politik begründet. Sie hat sich umgestellt. Das ist eine Empfehlung, die wir auch dem Seco mitgeben möchten.

Die bundesrätliche Strategie plädiert für eine offensive Durchsetzung von Regeln, die über die bestehenden und künftig absehbaren Verträge der WTO hinausgehen. Die Entwicklungsländer lehnen dies als gegen ihre Interessen verstossend ab, doch der Bundesrat will sich mit den USA und der EU – ausserhalb der WTO – mit bi- und plurilateralen Freihandelsverträgen gegenüber verhandlungsschwachen Ländern durchsetzen, das auch in den Bereichen Investitionen, geistiges Eigentum und anderes. Damit sind wir nicht einverstanden. Das ist eine unserer Begründungen für die Rückweisung.

Es gibt eine zweite Auflage: Wir möchten nicht, dass die demokratische Innenpolitik durch die undemokratische Aussenwirtschaftspolitik, wie sie zum Beispiel in der WTO, aber auch an anderen Orten stattfindet, überholt bzw. durchlöchert wird. Ein Kernstück unserer Kritik ist der Paradigmenwechsel, der vom Bundesrat vorgenommen wird. Bisher galt, dass die Aussenwirtschaftspolitik durch die Innenpolitik klare Grenzen gesetzt bekommt. Dieses Dogma will der Bundesrat nun umkehren: Dort, wo er innenpolitisch Schwierigkeiten hat, will er die Innenpolitik aussenpolitisch überholen und aufweichen – z. B. in den Bereichen Bildung und Gesundheit. Er setzt alles aufs Spiel, alles ist für ihn verhandelbar, natürlich ausser dem Bankgeheimnis. Das ist etwa das Einzige, das wir in der Schweiz vom Bundesrat als nicht verhandelbar erklärt bekommen. Öffentliche Güter, Bildung, Gesundheit, alles stellt er zur Debatte. Da sind wir dagegen. Das ist der zweite Kernpunkt unserer Argumentation für die Rückweisung.

Ich bitte Sie, uns zu unterstützen.

Schluer Ulrich (V, ZH): Geschätzte Kolleginnen und Kollegen mit offensichtlich überschäumendem Interesse an der Wirtschaftsstrategie der Schweiz: Im Namen der SVP-Fraktion beantrage ich Ihnen Kenntnissnahme vom Bericht und Annahme aller Anträge im Zusammenhang mit den Freihandelsabkommen.

Das will allerdings nicht heissen, dass wir mit der Strategie, wie sie in diesem Bericht aufgezeichnet ist, einverstanden sind. Herr Bundesrat, darf ich Sie bitten, dass Sie jetzt, wenn wir Ihren Bericht behandeln, auch auf unsere Überlegungen aufmerksam eingehen. Die Strategie im Bericht ist eine blosser Aufzählung, was es alles gibt und wo wir überall dabei sind. «Adabei» ist jedoch keine Strategie. Wir erwarten von einer Strategie, dass sie Massnahmen aufzeichnet, dass sie Ziele aufzeigt und dass sie einen Zeitplan entwirft. Ich sage Ihnen ein Beispiel: Es wäre ein strategisches Ziel der Schweiz, innert vier Jahren in Bezug auf die Mehrwertsteuer-Administration weltweit zum interessantesten Land zu werden, sodass jede Schweizer Firma, aber auch jede internationale Firma sagt: Die Schweiz ist in Europa der beste Platz in Bezug auf die Steuerabrechnung; sie ist das interessanteste, das unternehmerfreundlichste Land.

Hier einen Zeitplan aufzustellen, hier einen Massnahmenplan aufzustellen, Ihren Amtsdirektoren den Auftrag zu erteilen, dass dieses Ziel innert vier Jahren zu erreichen sei, das wäre eine Strategie. Sie würde dem Land etwas bringen. Sie würde der Schweiz Arbeitsplätze in grosser Zahl beschieren. Solches erwarten wir von Ihnen, wenn von Strategie die Rede ist.

Oder auf der internationalen Ebene: Die Schweiz müht sich ja weiterhin mit der Osec ab und feiert es als Erfolg, wenn da und dort irgendein neuer Hub entsteht. Aber das Resultat, das dieser Hub bringt, wird noch immer klein geschrieben. Ich erinnere mich an einen Besuch in New York zusammen mit einer Parlamentariengruppe. Wir besuchten u. a. eine private Treuhandgesellschaft, die in New York den Produktionsplatz Schweiz vermarktet, gewinnorientiert vermarktet, und zwar mit ganz bemerkenswertem Erfolg. Die Firma streicht daraus Gewinn ein, das ist nicht zu bestreiten, aber wir haben ihr in der Schweiz ein paar Tausend Arbeitsplätze zu verdanken; das ist das Entscheidende. Machen wir doch mit der Osec endlich dasselbe!

Wenn es ein Ziel der Schweiz ist, im Markt China Fuss zu fassen, dann schreiben Sie diesen Auftrag doch aus, Herr

Bundesrat. Es ist dafür nicht eine eigene Bürokratie aufzubauen, an deren Wachstum man sich dann erfreuen kann. Wann endlich wird die Aussenwirtschaftspolitik ergebnisorientiert abgewickelt? Schreiben Sie entsprechende Aufträge öffentlich aus. Derjenige, der vom Markt China am meisten versteht, soll sich bewerben und diese Aufgabe übernehmen; er soll dabei durchaus etwas verdienen. Die Hauptsache ist, dass Ergebnisse heraus schauen und nicht bloss Bürokratien aufgebaut werden. Solches erwarten wir, Herr Bundesrat, wenn von Aussenwirtschaftsstrategie die Rede ist: Konkrete Schritte, damit schweizerischer Aussenhandel, damit die Schweizer Wirtschaft, damit Schweizer Firmen im Ausland besser vermarktet werden, auf dass sie dort Fuss fassen können.

Zum Schluss ein Problem, das Sie völlig ausblenden, das die Schweiz indessen aber enorm beschäftigt und weiter enorm beschäftigen wird: Wir sind in Europa, auch in der Schweiz, derzeit mit der Tatsache konfrontiert, dass wirtschaftliches Wachstum zwar stattfindet, dass das Wachstum aber an den Arbeitsplätzen vorbeigeht. Die Wirtschaft wächst, aber die Arbeitslosigkeit wächst auch. Das muss alarmieren. Wir stellen fest, dass der deutsche Bundeskanzler dieser Tage bei der EU vorspricht und sagt: Hebt um Gotteswillen diese unerträglichen Bestimmungen der Personenfreizügigkeit auf! Es ist nichts zu machen: Wir wollen den gleichen Fehler nachmachen. Dazu wären strategische Überlegungen notwendig, an den Tatsachen orientierte, an den effektiven Entwicklungen in Europa orientierte Massnahmen müssten getroffen werden und nicht bloss Konferenzergebnisse von anderen nachgesprochen werden.

Ich ersuche Sie: Entwickeln Sie eine wirkliche Strategie!

Gysin Remo (S, BS): Nachdem ich vorhin für die Rückweisung plädiert habe, kann ich jetzt ein paar Punkte unterstreichen. Im Namen der SP-Fraktion möchte ich dem Bundesrat für den Bericht zur Aussenwirtschaftspolitik 2004 Dankeschön sagen. Zuerst erwähne ich in der Kritik das Gute: Wir freuen uns, dass der Bundesrat frühere Kritik aufgenommen und den Bericht gegenüber früher effektiv verbessert hat. So ist zum Beispiel der Standpunkt der Schweiz in den internationalen Wirtschaftsorganisationen besser dargestellt als je; ich möchte Sie darin bestärken, Herr Bundesrat, diese Linie auch weiterzuverfolgen.

Wir freuen uns auch darüber, dass Sie sich ausdrücklich zur Nachhaltigkeit bekennen, und hoffen, dass diesen Worten auch die entsprechenden Taten folgen werden. Ebenso freuen wir uns über Ihr Bekenntnis und Ihre Bemühungen um Kohärenz. Darin möchten wir Sie unterstützen; unser Rückweisungsantrag ist als Unterstützung dieser Bemühungen zu verstehen.

Wir danken vor allem für die Offenlegung der Haltung, der Strategien, Leitlinien und Ziele. Das gibt uns die Möglichkeit, diese auch zu diskutieren. Dass wir dieses grundlegende Element nicht einfach genehmigend oder stillschweigend zur Kenntnis nehmen, sondern mitgestalten müssen, ist ein weiterer Grund für die Rückweisung. Wir haben gemäss Artikel 166 der Bundesverfassung die Pflicht, die Aussenwirtschaftspolitik mitzugestalten. Wir nehmen also nicht einfach die wichtigsten Strategien des Bundesrates zur Kenntnis, sondern gestalten sie mit. Das kann man nicht tun, wenn man einen Bericht nur genehmigen muss. Deshalb weisen wir den ersten Teil mit den Strategien zurück, damit wir wirklich die Möglichkeit haben, die Strategien für die Zukunft mitzugestalten. Das ist essenziell, und das wollen wir tun.

In dieses Kapitel gehört auch, dass wir zwar die Verhandlungsmandate, z. B. für die WTO, dank Ihren Bemühungen, Herr Bundesrat – wir anerkennen das –, jetzt auch im Parlament vorgelegt bekommen, leider aber nicht in die Vernehmlassung eingeschlossen sind. An der Vernehmlassung sind die NGO und die Kantone beteiligt; doch das Parlament und die Parteien sind nicht dabei. Die APK hat lediglich die Möglichkeit, kurz vor Torschluss auch noch dazu Stellung zu nehmen, wenige Tage, bevor der Bundesrat entscheidet. Mit anderen Worten: Wir können nichts mehr verändern, weil ja

mit den Kantonen und den gemeinnützigen Institutionen alles schon festgelegt ist.

Herr Bundesrat, ich bitte Sie im Namen unserer Fraktion, aber auch des Parlamentes, darum besorgt zu sein, dass zukünftig auch die Parteien und das Parlament hier rechtzeitig einbezogen werden. Sonst wird das einfach zu einer Debatte ohne Einflussmöglichkeiten. Dieses Anliegen entspricht übrigens auch dem Vernehmlassungsgesetz, das wir diese Woche beschlossen haben. Das ist nichts anderes. Ich bitte Sie, dem zukünftig Rechnung zu tragen.

Zum Paradigmenprung des Bundesrates habe ich mich schon geäussert. Es geht nicht an und ist nicht akzeptabel, es ist demokratisch sogar alarmierend, wenn der Bundesrat meint, er könne die Innenpolitik, die im Gegensatz zur Aussenpolitik demokratisch ist, über die Aussenwirtschaftspolitik aufweichen. Es darf nicht sein, dass die Aussenwirtschaftspolitik der WTO unser föderalistisches Gefüge in Bildung und Gesundheit und unsere Entscheidungsabläufe auf den Kopf stellt. Dagegen wehren wir uns.

Wir haben verschiedene Kritikpunkte, auf die einzelne Sprecher zurückkommen werden. Es ist für uns nicht annehmbar, dass im Zusammenhang mit diesem Bericht eine dritte bilaterale Verhandlungsetappe mit der EU eingeläutet werden soll. Dazu werden wir noch kritisch Stellung nehmen.

Zusammenfassend stelle ich im Namen der SP-Fraktion fest: Die Kohärenz zwischen den politischen Dimensionen Binnenwirtschaft, Aussenwirtschaft, Entwicklungszusammenarbeit ist nicht gegeben. Die Analyse und Bewertung der dargestellten Strategien und Leitlinien führen uns zur Rückweisung des ersten Kapitels des Berichtes.

Ich bitte Sie, uns hier zu folgen.

Eggly Jacques-Simon (RL, GE): Il y a évidemment des exigences de justice et de solidarité, de sécurité, et finalement aussi des exigences répondant à la défense de nos intérêts économiques qui font que la coopération au développement et l'aide financière aux pays du tiers monde sont une chose importante.

A cet égard, évidemment, les conceptions évoluent au fil de la pratique. On s'est aperçu que de dire simplement qu'il y a des pays du tiers monde et des pays développés, c'était simplifier le tableau. Il y a des pays du tiers monde qui sont vraiment pauvres; des pays qui, pauvres, font tout ce qu'il faut pour se développer; et des pays qui, hier encore, étaient sous-développés ou en développement et qui sont aujourd'hui de véritables partenaires.

Cette évolution des choses a amené, je pense aussi, les institutions multinationales actives dans le domaine du développement comme le FMI ou la Banque mondiale à revoir leurs positions et leurs conceptions. Il y a eu indiscutablement des conceptions trop rigides qui, parfois, dans le cadre d'une mondialisation trop doctrinaire, ont mis des pays en développement ou des pays sous-développés au pied du mur. Par conséquent, il y a nécessité d'une approche plus pragmatique, plus diversifiée. C'est à quoi, nous l'avons compris, la Suisse s'emploie dans les enceintes où elle est et où il s'agit de développement.

Il ne s'agit pas pour autant de faire en quelque sorte de la contestation antimondialisation et de dire par exemple que l'on devrait annuler dans tous les cas la dette des pays du tiers monde et ne pas leur imposer des plans d'investissements ou d'assainissement financier. Il faut certainement que les pressions internationales soient exigeantes, mais qu'elles soient en même temps diversifiées et pragmatiques. Il me semble que la Suisse a là une position et une approche particulières qui nous ont été expliquées en commission et qu'il faut très certainement saluer. Par exemple, il y a certains pays pour lesquels il faudra véritablement échelonner la dette ou le remboursement de la dette; d'autres pour lesquels il faudra peut-être même l'annuler en imaginant qu'en remettant les compteurs à zéro, ces pays repartiront d'un bon pied; d'autres sur lesquels au contraire il faut maintenir la pression.

En effet, je disais, et le groupe radical-libéral le pense, qu'il ne faut pas perdre de vue que l'avenir est fait de l'imbrication

de ces pays du tiers-monde dans la logique et la cohérence commerciales, libre-échangistes. En fait, il ne s'agit pas de perpétuer l'idée de deux mondes séparés, mais autant que possible de trouver les moyens d'imbriquer ces pays dans une libéralisation, dans une mondialisation libérale, et de les aider à trouver leur place dans ce monde.

Dans le journal «Le Temps» d'aujourd'hui, je lis une interview de Monsieur Fust, directeur de la Direction du développement et de la coopération, qui dit: «La meilleure aide au développement est celle qui produit les meilleurs résultats.» Et il se plaint, à juste titre très certainement, du fait qu'il y a une sorte de fouillis, Monsieur le conseiller fédéral, si l'on regarde toutes les organisations internationales qui s'occupent du tiers-monde. Il faudrait assurément qu'il y ait plus de coordination, plus de simplification, qu'il y ait aussi une certaine clarté dans les décisions et quant aux stratégies à mettre en oeuvre. Et là, je partage ce que dit Monsieur Fust qui, j'imagine, dit la même chose aux conseillers fédéraux qui sont ses ministres de tutelle. Vous n'êtes donc certainement pas étonné par ce genre de propos. Là aussi, la Suisse a son rôle à jouer, et nous pensons qu'elle l'a pour qu'il y ait davantage de coordination à cet égard.

C'est donc dans cet esprit que le groupe radical-libéral vous engage à prendre acte de ce rapport, et plus particulièrement du chapitre en rapport avec ce dont j'ai parlé, et naturellement aussi à ratifier les accords commerciaux qui y sont annexés.

Les débats deviennent idéologiques quand on parle de ce volet du tiers-monde, dans le contexte de la mondialisation, qu'on l'aime ou qu'on ne l'aime pas. Mais, je le répète, pour le groupe radical-libéral, il y a une cohérence. Toute l'histoire montre finalement que le développement passe par la liberté des échanges et par des échanges, précisément, entre partenaires économiques, commerciaux et financiers qui jouent le jeu du libéralisme économique. Et faire une contestation globale de cette cohérence et – je dirai – de cette nécessité, ce n'est certainement pas, même avec les meilleures intentions, aller dans le sens d'une solidarité bien comprise pour l'avenir. En revanche, et je le répète une nouvelle fois, il ne peut pas y avoir, dans une approche libérale et de mondialisation, de doctrine ou, disons, un côté trop doctrinaire. Il faut y mettre du pragmatisme, une connaissance du terrain, et il faut doser entre l'exigence, la pression, d'une part, la compréhension, l'empathie et l'aide, d'autre part, afin que cet amalgame, cette imbrication de partenaires économiques puisse se faire. C'est dans cet esprit que le groupe radical-libéral a abordé ce rapport.

Alors, pour notre part et compte tenu aussi des explications complémentaires du Conseil fédéral, nous considérons que ce rapport est intéressant – naturellement on peut toujours améliorer la forme –, qu'il pose bien les problèmes. Nous pouvons donc en prendre acte dans un esprit d'approbation de la politique du Conseil fédéral, tout en incitant ce dernier, encore une fois, à prendre toute sa part pour amener les corrections qui sont nécessaires, notamment pour qu'il y ait plus de clarté et d'efficacité dans les organisations internationales qui s'occupent de coopération au développement.

Dans le même esprit, nous rejetons la proposition de la minorité Gysin Remo. Le groupe radical-libéral vous invite donc à suivre la majorité de la commission.

Pfister Gerhard (C, ZG): Die CVP-Fraktion nimmt vom Bericht zur Aussenwirtschaftspolitik 2004 Kenntnis und unterstützt die darin vorgegebenen strategischen Ziele des Bundesrates.

Zum ersten Mal ist der Bericht nicht nur eine retrospektive Auflistung dessen, was die Schweiz in aussenwirtschaftlicher Sicht getan hat, sondern der Bundesrat hat jetzt den Mut, eine Strategie zu definieren, in der er die Eckpunkte seines aussenwirtschaftlichen Handelns festlegt. Das ist mehr als bisher, und das gilt es zu würdigen, auch wenn man inhaltlich unterschiedlicher Auffassung ist.

Rückblickend auf das Jahr 2004 hält der Bericht zu Recht fest, dass die wirtschaftliche Entwicklung der Schweiz in den

letzten zehn Jahren – eigentlich sind es schon mehr als zehn Jahre – dazu führte, dass die Schweiz auf der Rangliste der Handelsnationen auf hintere Ränge abrutschte. Zu Recht verweist der Bundesrat bei den Ursachen dieser Entwicklungen auf das weltwirtschaftliche Umfeld. Insbesondere die Situation in Deutschland, das innerhalb der EU unser wichtigster Handelspartner ist, scheint sich nicht zu verbessern, im Gegenteil. Jenseits aller ideologischen Diskussionen sollte uns diese Entwicklung beschäftigen. Die Schweiz ist gefordert, in aussenwirtschaftlicher Hinsicht Antworten zu finden, um nicht stärker in den Sog dieser Entwicklungen zu geraten.

Der Bundesrat stellt mit noch viel mehr Recht fest, dass die tieferen Ursachen der schleppenden Entwicklung nicht nur im Ausland, sondern auch im schweizerischen Binnenmarkt liegen. Das heisst nicht, wie ein Vorredner erwähnte, dass man via Aussenwirtschaftspolitik Druck auf die Binnenwirtschaft machen oder mit solchen Aussagen gar die demokratische Auseinandersetzung aushebeln will, sondern dies zeigt einfach auf, dass wir nicht monokausal argumentieren dürfen. Vielmehr ist der Zustand der Binnenwirtschaft einer von mehreren Parametern, wenn auch ein wichtiger, die die schweizerische Aussenwirtschaft entweder hemmen oder unterstützen können.

Die Reformbereitschaft und die Einsicht in die Notwendigkeit des Strukturwandels im Inland werden zwar von den meisten Interessengruppen und Parteien geteilt, aber in der konkreten Umsetzung wird der Konsens derart brüchig, dass sich meistens eine strukturkonservative Mehrheit ergibt, die als sogenannte Verliererin der Reformen dieselben verhindert. Eine Wirtschaftsreformpolitik, die diese berechtigten Ängste ernst nimmt, aber trotzdem den Mut hat, wirtschaftliche Realitäten nicht auszublenden, ist stets eine Gratwanderung, die – wenn überhaupt – nur in Teilbereichen gelingt. Ich werde mich im Folgenden zu den ersten zwei Zielen des vorliegenden Berichtes äussern.

Das erste Ziel lautet, das internationale Regelwerk müsse weiter unterstützt und entwickelt werden: Für die schweizerische Wirtschaft ist es von zentraler Wichtigkeit, dass die Marktzugänge im Ausland diskriminierungsfrei werden oder bleiben und dass Sicherheit für Investoren im Ausland besteht. In diesem Zusammenhang stelle ich aber fest, dass der Bundesrat etwas vage bleibt, inwieweit der multilaterale oder der bilaterale Weg geeigneter sein könnte. Sicher gilt auch hier, dass man nicht ein Entweder-Oder haben kann. Trotzdem scheint es, als gebe es innerhalb des zuständigen Departementes sozusagen eine Schule der Multilateralisten und eine der Bilateralisten und als ob sich der Bundesrat in dieser Frage nicht zu weit zum Fenster hinauslehnen wolle. Er verweist auf die stockenden Verhandlungen innerhalb der WTO, unterlässt es aber, die Alternative – nämlich Freihandelsabkommen mit den wichtigsten Handelspartnern – offensiver anzugehen als bisher. So hätte die Prüfung eines Freihandelsabkommens mit den USA bis Ende 2007 ein günstiges Zeitfenster, und ich ermuntere den Bundesrat, diese Möglichkeit aktiver anzugehen, nicht nur im Verbund mit den EFTA-Staaten, sondern notfalls auch eigenständig. Ein Postulat in dieser Richtung wurde letzte Woche im Nationalrat eingereicht; eine Motion wird im Ständerat in den nächsten Tagen folgen.

Das zweite Ziel der Aussenwirtschaftspolitik betrifft die binnenwirtschaftlichen Reformen: Die CVP-Fraktion unterstützt den Bundesrat ausdrücklich, wenn er darauf hinweist, dass wir hier einen grossen Handlungsbedarf haben. Der grösste Handlungsbedarf löst aber meistens auch den grössten politischen Widerstand aus. Die Schweiz hat im Bereich der Binnenwirtschaft einen Nachholbedarf, und er wird immer grösser, je länger wir die Liberalisierungsmassnahmen verzögern, hinausschieben oder gar verhindern. Das hat noch nichts mit neoliberaler Ideologie zu tun. Gerade diejenigen, die sonst gerne die EU als Vorbild sehen, übersehen offensichtlich, dass Reformen in der EU – vor allem in der erweiterten EU – um einiges liberaler ablaufen als Reformen, die wir hier in der Schweiz nicht einmal anzusprechen wagen. Gerade die europäischen Länder mit langjähriger Erfahrung

mit sozialistischer Misswirtschaft bauen an einer liberalen Wirtschaftsordnung, die die unsrige an Dynamik übertrifft oder im Begriff ist, es zu tun.

Die CVP-Fraktion unterstützt den Bundesrat ausdrücklich im Willen, binnenwirtschaftliche Reformen voranzutreiben. In diesem Zusammenhang möchte ich den Bundesrat auch dazu auffordern, die Unternehmenssteuerreform II so zu verbessern, dass wir in diesem Bereich international wieder kompetitiv werden. Die vorgeschlagenen Massnahmen genügen hier nicht. Auch das ist eine binnenwirtschaftliche Reform, die nötig ist, wenn der Handelsplatz Schweiz nicht noch mehr Terrain verlieren will.

Aber wir müssen auch sicherstellen, dass unsere Unternehmen in der Schweiz frei sind, nach ihrer Wahl nach den Normen der EU und/oder der Schweiz zu produzieren. Angesichts des hohen Schutzniveaus der EU im Bereich Gesundheit und Umwelt genügen ganz wenige schweizerische Ausnahmen. Die Anerkennung der einschlägigen EU-Vorschriften würde es den Unternehmen, die in der Schweiz produzieren, ermöglichen, Produktionsmittel in etwa zu gleichen Preisen einzukaufen, wie dies ihre Konkurrenten in der EU tun können. Dadurch würde ihre Wettbewerbsfähigkeit markant verbessert, würden Arbeitsplätze in der Schweiz sicherer, würde die Hochpreisinsel Schweiz wirksam bekämpft. Diese Forderungen entsprechen dem Postulat Leuthard 04.3390 und der Motion Hess Hans 04.3473. Beide Vorstösse verlangen im Wesentlichen die einseitige Anerkennung der einschlägigen EU-Normen entsprechend dem in der EU geltenden Cassis-de-Dijon-Prinzip. Erfreulich ist, dass der Bundesrat gemäss Medienberichten die beiden Vorstösse umsetzen will.

Wo der Bericht rückblickend die Aussenwirtschaft der Schweiz betrachtet, ist ernüchtert festzustellen, dass wir unsere Spitzenposition zusehends verlieren. Wo der Bundesrat erstmals strategische Ziele der Aussenwirtschaftspolitik definiert, unterstützt ihn die CVP-Fraktion ausdrücklich, und sie unterstützt auch die drei Hauptziele. Es liegt in der Natur der Sache, dass diese Ziele etwas allgemein formuliert wurden. Die konkrete Umsetzung wird zeigen, wo wir einen Konsens finden, um dringende nötige Reformen an die Hand zu nehmen. In dieser Beziehung sind alle Parteien gefordert, die Strukturreformen anzugehen. Wir werden sehen, wie weit uns dies gelingt, bzw. wir sehen fast täglich, dass es uns nicht gelingt. Handlungsbedarf ist vorhanden, politischer Konsens noch nicht. Wir müssen deshalb die Gemeinsamkeiten verstärken, statt die Unterschiede zu betonen. Daran sollten alle Parteien ein Interesse haben, die der Schweiz eine erfolgreiche wirtschaftliche Zukunft ermöglichen wollen.

Cuche Fernand (G, NE): Si nous partageons pleinement la conception du régime libéral du Conseil fédéral dans l'élaboration de sa stratégie, nous ne pouvons que le féliciter – pour une fois que je le félicite, son représentant ne m'écoute pas! –, car il n'a oublié aucun des secteurs où le marché peut se développer, se négocier, via l'OMC: produits industriels, denrées alimentaires, investissements, gestion de fortune, assurances, propriété intellectuelle, brevets – notamment brevets sur le vivant – et, bien sûr, services –; cela a déjà été évoqué. De plus, avec la perspective d'un accord général sur le commerce des services qui se pointe à l'horizon, l'enfant n'est pas un écolier, mais un client, et l'école devient un marché; dans la même perspective, le malade n'est pas une personne qui souffre, mais une personne cliente; les soins de santé deviennent un marché; l'eau n'est plus un bien public géré par les collectivités publiques locales: le château d'eau de l'Europe, aujourd'hui déjà, est convoité par de grandes entreprises multinationales.

A ce rythme, probablement qu'un pays fera une offre au sein de l'Organisation mondiale du commerce pour privatiser le soleil! Il n'y a pas de raison que cette source d'énergie, qui est encore, pour le moment, disponible gratuitement pour tout le monde, ne soit pas un jour privatisée et que les gens, pour se chauffer, pour chauffer leur eau ou pour bénéficier d'une santé due à l'énergie solaire, doivent payer un droit à

une multinationale dont le siège – je le dis au hasard – pourrait être aux Etats-Unis.

La compétitivité donne le rythme; elle règle la division internationale du travail. Si on prend l'exemple de la production alimentaire: la production des oléagineux se ferait aux Etats-Unis, celle des céréales et du lait dans l'Union européenne, et puis, pour les Suisses, il pourrait rester les plantes aromatiques avec le label bio. Les gouvernements adaptent progressivement leur législation pour satisfaire le grand marché; ils gouvernent sans pouvoir, le levier essentiel des décisions pour l'avenir de nos sociétés étant tenu par la puissance économique ou par les plus grandes puissances économiques. Par exemple, Amgen souhaite développer son entreprise en Suisse; en un tour de main, on passe sur la loi sur l'aménagement du territoire et on met à sa disposition 55 hectares en plein milieu de terres agricoles! Le Conseil fédéral s'aligne. Il ferme les yeux ou ne veut pas voir en tout cas les conséquences graves d'une telle stratégie.

Des centaines de milliers de personnes sont exclues des usines, des bureaux et de la terre. L'environnement est de plus en plus menacé. Nous avons une multiplication des transports dont on connaît de mieux en mieux les conséquences au niveau du terrain, au niveau de l'air. Nous avons des migrations accélérées. C'est logique: les gens vont là où ils ont encore un espoir de pouvoir gagner leur croûte, et puis bien sûr aussi, l'insécurité augmente. La santé financière de Novartis, de Nestlé, du Crédit Suisse ou de l'UBS passe avant la santé des peuples.

Il est temps que le Conseil fédéral s'engage, avec d'autres gouvernements, à affirmer et réaffirmer, si vous ne l'avez pas encore fait, que cette course malade au profit, que la compétitivité ne deviennent pas les principaux organisateurs de nos sociétés. Il faut absolument, avec d'autres gouvernements, que le Conseil fédéral s'engage à affirmer que le marché doit être au service d'un projet de société consistant, prioritairement, à intégrer les pays les plus pauvres. Si le marché peut être un vecteur positif pour le développement de ces pays-là, faisons appel à lui, mais refusons qu'il devienne le principal organisateur de nos vies.

Dernier point: le fossé se creuse entre le gouvernement – cela a été évoqué tout à l'heure en matière de consultation des partis politiques, notamment à propos de la nouvelle stratégie – et les communes. Je tiens à préciser ici que plusieurs communes, en tout cas en Suisse romande, ont déjà décidé que leur territoire serait hors du commerce général des services ou contre l'organisation de la privatisation de services publics. Vous avez notamment le cas de la commune de Romainmôtier, au pied du Jura. Je vous demande, Monsieur le conseiller fédéral, de vous adresser au président de la Confédération pour lui dire que, lors d'une de ses prochaines visites auprès du peuple, il se rende à Romainmôtier pour prendre la température de la base en ce qui concerne un éventuel accord général sur le commerce des services, et je vous remets ici le double de la prise de position de la commune de Romainmôtier.

Studer Heiner (E, AG): Wir müssen uns bewusst werden, was diese Debatte soll und was damit nicht erreicht werden kann. Wir haben hier einen Bericht des Bundesrates, der vollständig in dessen Verantwortung liegt, und am Schluss nehmen wir Kenntnis. Wir nehmen nicht in zustimmendem Sinne Kenntnis und nicht in ablehnendem Sinne. Deshalb ist es auch verständlich, dass die Sprecherin und der Sprecher der Kommission ausschliesslich positiv berichteten. Der Zweck, eine organisierte Debatte zu begehren, ist eben gerade der, dass wir darüber nicht entscheiden, sondern dass wir einerseits zur Kenntnis nehmen, was der Bundesrat getan hat, und dass wir jetzt neu zur Kenntnis nehmen, welche Strategien er hat, und dass jetzt hier dieses Meinungsspektrum zum Ausdruck kommt: Wo steht man dahinter, wo steht man nicht dahinter?

Wenn man also jetzt etwas anderes will, als nur einen Bericht zu behandeln, dann kann man nicht einfach den beiden Minderheitsanträgen zustimmen. Diese Rückweisungen in

die eine oder andere Richtung würden zwar wieder zu Berichten führen, aber es wären nach wie vor Berichte zur Kenntnisnahme. Natürlich wäre, im Gegensatz zur Formulierung des Antrages der Minderheit Müller Geri, mit dem Antrag der Minderheit Gysin Remo ein Auftrag verbunden. Aber der Bundesrat hat seine Ziele, und wir können ihn nicht zwingen, sie uns anders zu unterbreiten, als er dies jetzt tut. Wir können in dieser Debatte unsere Unterstützung dort hervorheben, wo wir etwas gleich sehen, und Kritik dort anbringen, wo wir etwas anderes erwarten; dann können wir überlegen, ob dieser Bericht in Zukunft anders sein soll. Aber dann kann es nicht der ordentliche Bericht zur Aussenwirtschaftspolitik sein, dann muss es daneben für die Zukunft etwas anderes geben, das das Parlament und vor allem die Aussenpolitische Kommission mitgestalten können.

Das ist natürlich ein Dilemma. Als Parlament möchten wir ja jetzt in die eine oder andere Richtung entscheiden. Deshalb sagen dann auch die Abstimmungen über die Minderheitsanträge nichts aus. Die deutlichste Gegenposition hat verständlicherweise Herr Schlüer markiert, aber er möchte natürlich etwas anderes; er ist mit diesem Bericht nicht zufrieden, aber in anderer Hinsicht. Was ich befürchte und bedaure ist, dass es für unseren Rat wahrscheinlich schwierig wäre, in diesem Bereich eine Politik zu formulieren, die eine gewisse Basis hätte.

Von daher halte ich es für das Beste, die beiden Anträge abzulehnen, und deshalb werden wir als Fraktion auch so stimmen. Wir werden die beiden Anträge ablehnen, weil sie nicht zu dem führen, was wir eigentlich wollen, nämlich zu einer Möglichkeit, inhaltlich wirklich echt mitzuwirken. Stattdessen nehmen wir hier den Bericht des Bundesrates zur Kenntnis. Wir anerkennen, dass sehr viel Wesentliches, Wertvolles in diesem Bericht enthalten ist. Da will ich nichts wiederholen.

Aber ich möchte auch sagen: Mich bewegt stark, dass in Bezug auf den Zusammenhang von Aussenwirtschaft und Menschenrechten aus den Formulierungen nur ein Minimum ersichtlich wird. Ich hoffe also, dass dieser Zusammenhang im Laufe der Weiterentwicklung der Aussenwirtschaftspolitik stärker wird. Ich hoffe aber auch, dass sich die Schweiz im Rahmen der Weiterentwicklung für Handels- und Investitionsregeln einsetzt, die den internationalen Umweltabkommen untergeordnet sind – das ist für uns auch ein Schwergewicht. Weiter hoffe ich, dass sich die Schweiz für Wirtschaftsregeln einsetzt, die die Entwicklung der ärmeren Länder fördern, damit wir eben nicht noch weiter von den Millenniumszielen wegkommen.

Dies einige Punkte, von denen ich mir erhoffe, dass sich eine Verdeutlichung, eine Verstärkung, ergibt. Im Übrigen wird unsere Fraktion von diesem Bericht einfach Kenntnis nehmen.

Müri Felix (V, LU): Hier ist er nun, der Bericht des Bundesrates zur Aussenwirtschaftspolitik 2004: farbig, poppig, mit schönen Photos von vielen Reisen, ja fast wie ein Ferienalbum von Bundesrat Joseph Deiss. Doch Aussenwirtschaftspolitik und eine entsprechende Strategie werden für unsere Wirtschaft immer wichtiger. Man wollte es in diesem Bericht allen recht machen. Ich vermisste aber die eigentlichen Strategien und den Hinweis darauf, wo man die eigentlichen Prioritäten setzen will. Eine Strategie muss auch immer wieder überprüft werden, denn Wirtschaft ist nicht statisch. Man schreibt von Handlungsbedarf, es fehlen aber klare Positionen. Es mangelt an griffigen Punkten. Es ist eine Niederschrift der bisherigen Politik.

Der Bericht redet in erster Linie vom Vertragswerk mit der EU, deren strategische Ausrichtung auch die unsere sein soll. Es ist schön, überall dabei zu sein und gute Beziehungen zu pflegen. Aber das reicht nicht. Auch können wir keine Fortschritte feststellen. Ja, gibt es nur noch die EU als Allheilmittel? Herr Bundesrat, hat man in eigene Stärken kein Vertrauen mehr? Sich nur an grosse Gebilde anzuhängen reicht nicht. Denn eine Aufzeichnung, welches unsere Stärken sind, fehlt gänzlich.

Wir begrüssen das Freihandelsabkommen mit Libanon und insbesondere das Landwirtschaftsabkommen. Aber es müssen für unsere Wirtschaft weitere Freihandelsabkommen folgen: mit gewissen asiatischen Ländern, die immer mehr an Bedeutung gewinnen, und vor allem mit den USA. Solche Abkommen sind die beste Form der Öffnung der Märkte. Als kleine Welthandelsnation müssen wir uns auf diesem Weg selber bemühen. Unsere Unabhängigkeit ist dabei ein wesentlicher Trumpf.

Der Bericht ist in dieser Ausführung ein Erstlingswerk und steckt noch in den Kinderschuhen. Wir nehmen ihn mit dem Prädikat «verbesserungswürdig» zur Kenntnis.

Maury Pasquier Liliane (S, GE): Pour la première fois, le rapport du Conseil fédéral sur la politique économique extérieure comporte une partie stratégique, qui expose la vision et les intentions du Conseil fédéral pour les années à venir. C'est sur ce chapitre que je vais me concentrer.

Le premier problème auquel on est confronté à la lecture de cette stratégie, c'est le fait qu'elle est basée sur des affirmations qui témoignent d'une foi aveugle dans les vertus du libre-échange, pour lutter contre la pauvreté, pour combattre le sous-développement et, finalement, pour apporter le bonheur à l'ensemble de l'humanité. Cela tient plus du dogme ou du catéchisme que d'une analyse circonstanciée et objective de la situation économique des différents pays du monde. Affirmer, comme le fait le Conseil fédéral dans son message, qu'«une politique fondée sur l'économie de marché et l'initiative privée est le préalable et le moteur du développement durable» (ch. 1.4.2.1) tient malheureusement de l'idéologie. Et je pourrais, en la matière, tout à fait soutenir l'appel de Monsieur Eggly à moins de doctrine, à moins d'idéologie.

Regardez donc les faits! Les exemples abondent de «mauvais élèves» qui n'ont pas suivi les recettes universelles du FMI et de la Banque mondiale. Des pays comme l'Inde, la Chine, la Corée du Sud, Taiwan ou la Malaisie, ont adopté une combinaison d'ouverture vers l'extérieur et de protection de certains secteurs économiques nationaux et s'en sont plutôt bien portés. A l'inverse, de «bons élèves» – prenons par exemple la Zambie –, qui ont déréglé, libéralisé, suivi un tempo rapide de réduction du déficit budgétaire, se sont retrouvés, comme le dit la fable, fort dépourvus quand l'hiver fut venu; en clair, ils ont été totalement incapables de faire face à une pandémie comme le sida, non seulement parce que manquant de ressources financières, mais surtout parce que les systèmes de santé et d'éducation avaient été démantelés par l'application d'une politique d'ajustement structurel. On peut reconnaître que la situation est plus complexe, sans pour autant tomber dans la défense aveugle d'une économie planifiée, et le faire aurait rendu votre stratégie plus crédible, Monsieur le conseiller fédéral.

De plus, une telle stratégie, qui ne prend pas en compte la réalité des pays du Sud, est en contradiction avec la politique d'aide au développement de notre pays, avec sa politique étrangère. Elle est contraire à ce que le Conseil fédéral affirme lui-même dans le message quand il dit que la politique économique étrangère ne doit pas uniquement défendre les intérêts de l'économie suisse à l'étranger, mais aussi contribuer à promouvoir les droits humains, à atténuer la misère et la pauvreté dans le monde, et à promouvoir les bases naturelles de la vie. Beau discours! Beaux principes! Mais rien n'est dit sur la manière dont la Suisse entend contribuer, comme elle s'y est engagée, à atteindre les objectifs de développement du Millénaire, qui consistent notamment à diminuer de moitié, d'ici à 2015 – c'est-à-dire dans dix ans seulement –, la pauvreté dans le monde, ou encore à diminuer la mortalité maternelle et infantile et le taux d'analphabétisme.

La stratégie du Conseil fédéral vise également à conclure davantage d'accords bilatéraux de libre-échange et d'investissement, notamment avec des pays dits en développement. Elle prévoit spécifiquement un renforcement des dispositions en matière de propriété intellectuelle, et cela au

moyen de règles plus strictes que celles de l'OMC. Or, de telles dispositions limitent le droit des paysans et des paysannes à échanger et à réutiliser leurs semences. Elles rendent plus difficile l'accès des pays du Sud aux médicaments, notamment génériques, qui permettraient de lutter plus efficacement contre le VIH/sida, ceci une fois de plus en contradiction avec les objectifs de développement du Millénaire.

«Last but not least», la stratégie prévoit que la Suisse conclura plus d'accords internationaux afin d'accélérer la libéralisation du marché intérieur. Cette méthode qui impose un fait accompli en politique intérieure est extrêmement problématique du point de vue de la démocratie. Ainsi, le rapport mentionne à plusieurs reprises des secteurs qui, en Suisse, doivent être libéralisés et s'ouvrir à une plus grande concurrence étrangère, notamment la santé et la formation. Je ne crois toutefois pas me tromper en affirmant qu'une telle intention ne repose sur aucune volonté populaire.

Pour toutes ces raisons, et à défaut de pouvoir refuser ce rapport, ce que notre règlement ne nous permet pas, je vous invite à renvoyer cette première partie du rapport au Conseil fédéral, comme vous le propose la minorité Gysin Remo.

Bührer Gerold (RL, SH): Aussen- und Aussenwirtschaftspolitik sind in erster Linie nationale Interessenpolitik. Wir haben daher in unserer Fraktion die strategischen Ziele und den Bericht zur Aussenwirtschaftspolitik 2004 in erster Linie unter dieser Prämisse beurteilt.

Wir teilen die Auffassung des Bundesrates, dass eine erfolgreiche Aussenwirtschaftspolitik bei der Binnenwirtschaft beginnen muss. Ich glaube, die empirischen Daten zeigen klipp und klar – und das ist nicht Ideologie, wie es vorhin erwähnt worden ist –, dass man aussenwirtschaftlich nicht erfolgreich sein kann, wenn man an der «Heimfront» in Bezug auf die Wachstumspolitik sündigt. Es ist auch eine Binsenwahrheit, dass, nebst der Öffnung der Märkte im Ausland, ein wettbewerbsintensiver Binnenmarkt, flexible Arbeitsmärkte, attraktive Steuern und eine zukunftsorientierte Bildungs- und Forschungspolitik das magische Fünfeck jeder erfolgsorientierten Wachstumspolitik bilden. Die Schweiz hat nach wie vor Trümpfe in der Hand, die Schweiz hat, trotz Schwierigkeiten, vor allem auch im letzten Jahr gute Exportzahlen registrieren können. Unser Land ist nach wie vor in der Spitzengruppe, wenn man das beispielsweise am Indikator «Einkommen pro Kopf» bemisst. Tatsachen sind aber auch:

1. Seit 1990 stehen wir mit einem realen Wachstum von lediglich 1 Prozent am Schluss der OECD-Rangliste.
2. Bezüglich Arbeitsproduktivität sind wir zurückgefallen.
3. Unsere Fiskalquote ist gefährlich angestiegen. Es wurde die Unternehmenssteuerreform angesprochen: Wir laufen Gefahr, von den Österreichern nicht nur im Skifahren, sondern auch bei der Unternehmenssteuerbelastung überholt zu werden. Denn Österreich hat rasch geschaltet und den Steuersatz von 34 auf 25 Prozent gesenkt, weil man weiss, dass man es sich nicht leisten kann, lange zu schlafen, wenn die Nachbarn kompetitiver werden.
4. Wir haben in Bezug auf die Regulungsdichte Standortvorteile eingebüsst. Wir geben uns der Sicherheitsmanie und dem Perfektionismus hin – Stichwort «Swiss finish» – und denken nicht mehr an die Kosten, die die Binnenwirtschaft zu tragen hat. Ich möchte nicht dramatisieren; wir werden aussenwirtschaftlich auch künftig unsere Chancen haben. Wer aber Mahner wie den Staatssekretär des Seco am liebsten in die Wüste schicken würde, nur weil er zu Recht den Finger auf einige wunde Punkte gelegt hat, der macht es sich zu einfach, und er blendet Realitäten einfach aus. Denn eine weitere Realität ist ja die, dass wir nicht nur zunehmend mit jungen, dynamischen Volkswirtschaften konfrontiert werden, sondern dass wir uns im Herzen von Europa befinden, auf einem Kontinent, der weltwirtschaftlich und strategisch massiv zurückgefallen ist. Denn während die Weltwirtschaft im vergangenen Jahr real ein Wachstum von beinahe 5 Prozent verzeichnen konnte, ist die Euro-Zone auf knapp 2 Prozent zurückgefallen. Das heisst, dass die Herausforderung für unser Land noch viel grösser geworden ist.

Nun einige Postulate, die uns am Herzen liegen:

1. Es wird bei den strategischen Zielen – die wir teilen, die aber zu wenig konkretisiert, zu wenig messbar sind und zu wenig entschlossen daherkommen – von einem wettbewerbsintensiven Binnenmarkt gesprochen. Wir möchten den Bundesrat sehr ermuntern, diesen Versprechungen, diesen Absichten noch vermehrt Taten folgen zu lassen. Denn wenn Sie in der KMU-Welt herumschauen, dann sehen Sie, dass es leider noch umgekehrt ist: Die Bürokratisierung hat seit 1985 massiv zu- und nicht abgenommen. Die interventionsfreudigen Verordnungen – vom Arbeits- über das Umweltrecht bis zum Sicherheitsbereich – haben enorme Kostenschübe verursacht. Hier muss endlich gehandelt werden; es genügt nicht mehr, nur Absichten niederzuschreiben.
2. Öffnung der Märkte: Wir diskutieren schon seit langem über die überhöhten helvetischen Standards. Es ist schon im letzten Jahr eine Anfrage gestartet worden, ob man sich nicht als Regel das Cassis-de-Dijon-Prinzip zu eigen machen könnte. Hier fordern wir den Bundesrat auf, nun rasch und vertieft die ökonomischen Vorteile eines Übergangs zu diesem Prinzip zu untersuchen. Und wir fordern ihn auch auf, sich entsprechende politische Aktionen auf dem bilateralen Weg sowie bezüglich einer Anpassung des Bundesgesetzes über die technischen Handelshemmnisse vorzunehmen, wenn die ökonomischen Vorteile klar sind. Es ist doch nicht einsichtig, dass wir wegen Bagatellen Produkte nicht zulassen können, dass wir im Gesundheits-, im Nahrungsmittelbereich und andernorts eine Bürokratie beschäftigen, nur um zusätzliche helvetische Perfektionismen bei der Beschriftung und bei der Verpackung zu befolgen. Das können wir uns nicht mehr leisten.
3. Sie sprachen in der Kommission auch über die Freihandelsabkommen. Hier und heute möchten wir mehr Konkretes hören. Wo stehen wir mit dem Freihandelsabkommen mit den USA, das wir hier schon seit mehreren Jahren diskutieren – mit einer Volkswirtschaft, die der zweitgrösste Abnehmer unserer Exporte ist, in der wir die meisten Direktinvestitionen haben, von der wiederum die meisten Direktinvestitionen in die Schweiz fliessen und wo wir jetzt mit der neuen Administration scheinbar ein «window of opportunity» haben? Wir möchten hier klar hören, wie der Fahrplan in Bezug auf das Freihandelsabkommen mit den USA, aber auch mit Japan ist. Auch hierüber wurde diskutiert, wir müssten aber Verbindlicheres hören.
4. Zur Exportförderung und zur Standortpromotion: Auch hier wären wir sehr daran interessiert zu hören, wie sich der neue Leistungsauftrag der Osec bewährt; er wurde im Bericht kurz angesprochen. Wie bewährt sich die Koordination zwischen EDA und EVD an den Hubs der Botschaften? Hier sind die Signale sehr unterschiedlich. Wir wären sehr daran interessiert zu hören, wie das in Zukunft klappen soll.
5. In der Aussenwirtschaftspolitik braucht es, wie gesagt, nebst der Erledigung der Hausaufgaben auch Aussenwirtschaftsdiplomatie. Wir können uns nicht immer des Eindruckes erwehren, dass – nebst der berechtigten Sorge um humanitäre Anliegen, um die Disponibilität der Guten Dienste – unsere nationalen Aussenwirtschaftsinteressen im Reisekalender der Bundesräte noch eine stärkere und gezieltere Berücksichtigung finden könnten. Wir wären sehr daran interessiert, dazu auch eine Beurteilung Ihrerseits zu hören. Wie gesagt, nehmen wir Kenntnis von diesem Bericht. Wir stimmen den strategischen Kernelementen zu; wir sind aber der Auffassung, dass wir zukünftig an dieser Front noch klarer Prioritäten setzen müssen, und wir wünschen uns einen verbindlicheren Konkretisierungsgrad.

Zapfl Rosmarie (C, ZH): Der diesjährige Bericht zur Aussenwirtschaftspolitik legt uns zum ersten Mal die Ziele und die Leitlinien der schweizerischen Aussenwirtschaftspolitik wirklich transparent dar. Deshalb begrüsst es die CVP-Fraktion, dass sich der Rat in einer so breiten Diskussion mit diesem Bericht auseinander setzen kann. Weltweiter Handel und grenzüberschreitende Investitionen gehören zu den wichtigsten Voraussetzungen für Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand in der Schweiz. Der Export

von Waren und Dienstleistungen hat sich vor allem bei ungünstiger Konjunktur als Stütze der Beschäftigung in der Schweiz erwiesen. Kreativität, Dynamik und Leistung haben der Schweiz über Jahrzehnte hinweg geholfen, an der Spitze der Weltwirtschaft mitzumischen. Seit einigen Jahren geht die wirtschaftliche Entwicklung in der Schweiz sehr, sehr schleppend voran. Österreich zum Beispiel – das haben wir vorhin bereits gehört –, das noch vor fünfzehn Jahren weit hinter unserem Land zurücklag, hat uns überholt.

Damit die Schweiz wieder in bessere Ränge kommt, sind längst fällige Strukturreformen notwendig. Im schweizerischen Binnenmarkt zum Beispiel besteht Handlungsbedarf. Zu viele Branchen sind, im Gegensatz zum exportorientierten Sektor, abgeschottet und können aus diesem Grund vom internationalen Wettbewerb nicht profitieren.

Mit einem griffigen Binnenmarktgesetz, das bald in die Räte kommt, können wir für die KMU einiges erreichen. Um den Produktionsstandort Schweiz zu stärken, müssen Handelshemmnisse im Warenverkehr noch weit stärker als bisher abgebaut werden; das heisst auch Zollabbau gegenüber Schwellenländern. Leider sind jedoch die Widerstände, um diese Herausforderungen zu bewältigen, gross. Innenpolitisch ist der Widerstand gegen echte Reformen immer noch zu gross. Im Vergleich zur Konkurrenz ist das Verhandlungsgewicht der Schweiz gering. Uns bleibt ja nur die Verhandlungssallianz mit der Efta.

Der Bundesrat hat in seinem Bericht drei Dimensionen aufgezeigt, die er als Wachstumszielsetzungen formuliert. Meiner Meinung nach ist das dritte Ziel, die wirtschaftliche Entwicklung und weltwirtschaftliche Integration der ärmeren Länder, gezielt anzustreben; es ist für unser Land und für die Zukunft unseres Landes von grosser Wichtigkeit.

Der grösste Teil des Waren-, aber auch des Dienstleistungsleistungshandels wird von einer geringen Anzahl Länder abgewickelt. Wenn die dreissig wichtigsten Exporteure und Importeure 85 Prozent des Handels betreiben, so stimmt etwas mit unserer Weltwirtschaft nicht. Die Entwicklung – das weiss man – geht dahin, dass sich in einigen Jahren 50 Prozent des Welthandels unter den grossen, dynamischen Schwellen- und Transitländern des Südens abspielen werden. Aus diesem Grunde muss die Schweiz ein Interesse daran haben, die Wirtschaftsbeziehungen mit diesen Ländern rechtlich abzusichern. Das gilt für die Kategorien Waren, Dienstleistungen, Investitionen, aber auch geistiges Eigentum. Länderspezifische Strategien braucht es insbesondere für die vier wirtschaftlich bedeutendsten Schwellen- und Transitländer China, Indien, Brasilien und Russland. Zur Überwindung des gravierenden Wohlstandsgefälles zwischen Industrie- und Entwicklungsländern ist eine stärkere Einbindung der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft nötig. Um die Armut in den ärmsten Ländern der Welt zu verringern, sind Investitionen in den wirtschaftlichen Aufbau dringend nötig. Es ist auch eine Realität, dass dort, wo Demokratie und Rechtsstaatlichkeit fehlen, nicht oder fast nicht investiert wird. Auch in Staaten mit korrupten Regierungen ist eine wirtschaftliche Entwicklung leider nicht möglich. Das ist sogar an Beispielen von Mitgliedsländern des Europarates sichtbar; ich denke dabei an die ärmsten Länder dieser Organisation, Moldawien, die Ukraine und Albanien. In der Ukraine und in Russland lancierte die Schweiz ein Programm zur Verbesserung der Corporate Governance im Bankensektor. Mit der Europäischen Bank für Entwicklung und Wiederaufbau (EBRD) wurde ein Programm zur Reform von Gesetzgebung, Sicherheit und Geschäftsverkehr in Südosteuropa und den GUS-Ländern initiiert. Herr Bundesrat, mich interessiert, in welchem Mass die Schweiz diese Projekte mit der EBRD unterstützt. Am Sitz der Bank in London höre ich immer wieder, wie wichtig die Unterstützung der Schweiz ist, wie viel sie bedeutet.

Im Bericht schreibt der Bundesrat, dass es für ihn ein zentrales Anliegen ist, wirtschafts- und handelspolitische Massnahmen zugunsten der Entwicklungsländer zu unterstützen und damit die Armut zu bekämpfen. Ich hatte kürzlich die Gelegenheit, Projekte der Schweiz zu besuchen und zu prüfen, wie nachhaltig Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ge-

fördert werden, z. B. kürzlich in Mosambik, wo auf Gemeinde- und Regionalebene ein Steuersystem eingeführt wird, das sehr beeindruckend ist.

Damit schliesst sich der Kreis der Zusammenarbeit von Aussenpolitik und Wirtschaftspolitik. Ich danke dem Bundesrat im Namen der CVP-Fraktion für diesen Bericht. Mit der neuen Art des Berichtes geben Sie dem Parlament die Gelegenheit, aktiv an der Aussenpolitik mitzuwirken. Sie zeigen offen, welche Ziele und Strategien Sie in der Aussenpolitik verfolgen.

Spuhler Peter (V, TG): Ich habe den Bericht zur Aussenwirtschaftspolitik 2004 auch gelesen, und ich muss Ihnen sagen, dass ich die Euphorie meiner Vorredner nicht teilen kann. Der Bericht ist eine Aufzählung von Tätigkeiten; es ist ein Protokoll dessen, was im letzten Jahr geschehen ist. Was mir in diesem Bericht fehlt, ist eine klare strategische Aussage: Wo wollen wir in der Aussenwirtschaftspolitik als Teil der Wirtschaftspolitik hin? Es fehlen mir ganz klar quantifizierende Ziele: Was wollen wir erreichen, bis wann? Es fehlt mir auch, dass man sich nicht irgendwo – wie das in einer Unternehmung gang und gäbe ist –, irgendein Ziel für den Bundesrat, für das Parlament vorgibt, ein Ziel für die Tätigkeit in der Aussenwirtschaft, aber auch in der Wirtschaft. Das fehlt mir, und ich möchte den Bundesrat und das Seco bitten, zukünftig auch in diese Richtung klare Aussagen zu machen, sodass wir auch eine messbare Grösse im Hinblick auf die Zukunft haben.

Ich glaube, wir sind uns alle hier im Saal einig, dass die Aussenwirtschaft für den Werk- und Finanzplatz Schweiz von grosser Bedeutung ist. Sie kennen die ganze Diskussion rund um die Problematik der Wachstumsschwäche. Es sind sich auch in diesem Punkt alle hier einig, dass wir gegen diese Wachstumsschwäche etwas tun müssen. Seit 1990 wächst die Schweiz von den 33 OECD-Staaten am wenigsten und hat mit etwa 1 Prozent das kleinste Wachstum. Ich erinnere Sie an die grossen Diskussionen in Deutschland. Ich kann Ihnen sagen: Wir sind noch schlechter unterwegs als Deutschland, und wir werden immer mehr absteigen.

Wenn Sie in den Statistiken schauen, woher das kleine Wachstum kommt, das momentan noch in der Schweiz generiert wird, dann sehen Sie, dass es grösstenteils aus dem Export kommt. Auch da, denke ich, sind wir uns einig, dass die Bedeutung der Aussenwirtschaft sehr wichtig ist.

Gibt es Rezepte gegen die Wachstumsschwäche? Auch dazu gibt es riesige Diskussionen, sei dies in der WAK oder in anderen Kommissionen. Was ist zu tun? Ich denke, ohne dass ich das Thema hier diskutieren möchte: Wir müssen die Kaufkraft steigern, und wir müssen vor allem auch schauen, dass unsere Unternehmen in der globalen Wettbewerbssituation gestärkt werden.

Ich habe dann immer wieder grosse Probleme, wenn hier – wie Sie das vorher von gewissen Vorrednern gehört haben – einfach ein EU-Beitritt als die Wunderwaffe, als das Wunderrezept, gepriesen wird. Ein EU-Beitritt bringt überhaupt nichts für das Wachstum. Wir hier in diesem Saal müssen zusammen mit dem Ständerat die Hausaufgaben machen; das ist eine innenpolitische Frage. Wenn Sie sich einfach nach der Grösse sehnen und das Gefühl haben, mit einem EU-Beitritt und einer Mitgliedschaft bei der EU wachse unsere Wirtschaft wieder, ohne dass wir den Reformstau in unserem Land lösen müssten, dann täuschen Sie sich.

Das gleiche Problem habe ich, wenn immer gesagt wird: Schauen Sie mal Österreich an, Österreich wächst und wächst und wächst, und seit es in der EU ist, hat es ein deutlich höheres Wachstum als die Schweiz. Das stimmt. Aber wenn Sie dann einmal genauer hingucken, sehen Sie auch, dass die Österreicher im Gegensatz zu den Schweizern die Hausaufgaben gemacht haben. Das Aufbrechen der Koalition Rot-Schwarz, SPÖ-ÖVP, hat einiges in Bewegung gebracht. Man hat die Staatsindustrie in Österreich, die praktisch die ganze Schwerindustrie beinhaltet hat, privatisiert.

Was haben wir in der Schweiz gemacht? Wir marschieren in die andere Richtung. Man hat gerade bei den Steuern

Senkungen durchgebracht. Gerold Bührer hat es bereits erwähnt: der Druck aus dem Osten, Slowakei, «flat tax», 19 Prozent. Die Österreicher als direkte Nachbarn müssen nachziehen. Was machen wir? Wir verschieben und verschieben und verschieben die dringend notwendige Unternehmenssteuerreform, die Gewinne werden in stillen Reserven blockiert, anstatt dass sie moderat besteuert und ausgeschüttet werden und das Geld an einem anderen Ort entsprechend Wachstum generiert. Das sind die Probleme! Wir übertragen dem Staat dauernd neue Aufgaben. Österreich hat, im Gegensatz zur Schweiz, auch keine sehr restriktive Geldmengenpolitik gemacht.

Zweites Beispiel: Schweden mit einer sozialdemokratischen Regierung. Wo hat Schweden angegriffen? Bei den Sozialausgaben. Man hat in Schweden noch 18 Prozent Lohnabgaben. Die Lohnentwicklung wurde mit minus 1,6 Prozent in der Rente angepasst. Wenn Sie das auf die Schweiz transferieren, stellen Sie fest, dass im Zeitraum von 1999 bis 2004 der Prozentsatz statt gestiegen um 1,5 Prozent gefallen wäre. Die Schweden mit einer sozialdemokratischen Regierung haben die Hausaufgaben gemacht, im Gegensatz zur Schweiz! – Leider muss ich schon bald mit Sprechen aufhören; schade.

Ich bitte Sie also: Helfen Sie mit, den Reformstau in der Schweiz zu lösen, da anzusetzen, wo wir überzeugt sind, dass wir wieder Wachstum generieren können. Ein EU-Beitritt bringt wirtschaftspolitisch nichts, ausser dass wir 5, 6 Milliarden Franken pro Jahr nach Brüssel überweisen und 15 Prozent Mehrwertsteuer einführen müssen. Wir müssen die Hausaufgaben machen; das ist unsere Aufgabe. Ich bitte Sie, dabei mitzuhelfen und das Land Schweiz wieder auf den Wachstumskurs zurückzuführen.

Müller Walter (RL, SG): Ja, was soll man diesem Wunschkonzert eigentlich noch beifügen? Ich hoffe nur, dass der Bundesrat dann am Schluss die richtige Auswahl trifft, damit sich die Wirtschaft auch in die richtige Richtung entwickelt.

Der am 12. Januar 2005 vom Bundesrat verabschiedete Bericht zur Aussenwirtschaftspolitik 2004 enthält zum ersten Mal einen Strategiebericht zur schweizerischen Aussenwirtschaftspolitik. Die Aussenwirtschaftsstrategie ist eng verknüpft mit dem Wachstumspaket vom 18. Februar 2004. Neu ist bei diesem Strategiebericht, dass er Aussenwirtschaftspolitik und Binnenmarktpolitik in einen engen Zusammenhang stellt, was sehr zu begrüßen ist. Wenn die Weiterentwicklung und die Wettbewerbsfähigkeit des Binnenmarktes nicht zeitgleich mit der internationalen Öffnung der Märkte verbessert werden können, so läuft die Schweizer Wirtschaft Gefahr, den verbesserten Marktzutritt auf den Weltmärkten nicht nutzen zu können oder durch zunehmende Konkurrenz aus dem Ausland im Inland Marktanteile zu verlieren.

Der Bericht ist interessant, eine Entwicklung in die richtige Richtung, aber ich meine, er ist noch verbesserungsfähig, was die Strategie anbelangt. Ich persönlich hätte es begrüsst, wenn eine klare Trennung zwischen Strategie und Bericht stattgefunden hätte. Die Schnittstellen zwischen den verschiedenen Politikbereichen sind ungenau: Binnenmarkt auf beiden Seiten, Entwicklungspolitik, Umwelt, Menschenrechte, Sicherheit – mir scheint, man wolle allen gerecht werden. Im Bericht wird zum Beispiel erwähnt, dass der Binnenmarkt durch Importdruck wettbewerbsfähig gemacht werden soll; dann müssen wir aber auch bereit sein, die Wettbewerbsbedingungen für die Wirtschaft konsequent und nachhaltig zu verbessern, und das müssen wir selber tun. Leider sind wir immer noch daran, weitere Regulierungen einzuführen. Wenn unsere KMU-Betriebe für die internationalen Märkte fit gemacht werden sollen, so sollten wir endlich darangehen, Vorschriften und eine überbordende Bürokratie einzuschränken und auch die Unternehmenssteuerreform rasch voranzutreiben.

Die Ziele und die Strategie sind im vorliegenden Bericht klar definiert. Was nach meiner Meinung aber fehlt, sind Hinweise darauf, wie und mit welchen Instrumenten man sie

umsetzen will. Nur wenn Ziele, Strategie und Umsetzung eng aufeinander abgestimmt werden, führt das zu einer kohärenten Aussen- und Aussenwirtschaftspolitik. Das ermöglicht klare Vorgaben für die involvierten Amtsstellen und erlaubt ein effizientes Controlling und damit auch eine klare Fokussierung auf die Hauptinteressen unserer Wirtschaft. Ich würde es sehr begrüßen, wenn der Bundesrat im nächsten Bericht darstellen würde, wer sich denn alles in irgendeiner Form in diesem breiten Feld der Aussenwirtschaftspolitik tummelt.

Nun möchte ich mich aber noch zur Forderung vonseiten der Grünen und der SP-Fraktion äussern, die die Aussenwirtschaftspolitik mit allen möglichen und unmöglichen Zielen verknüpfen wollen. Ganz speziell widme ich mich der Frage: Wie weit macht es Sinn, die Wirtschaft mit immer neuen Umweltauflagen zu belasten? Hilft es der Umwelt tatsächlich, wenn wir dies tun? Ich denke, das sei nicht zielführend und könne der Wirtschaft nicht dienen.

Gestatten Sie, dass ich für die Begründung einen jungen Professor für Statistik an der Universität Aarhus in Dänemark zu Hilfe nehme: Björn Lomborg war Aktivist von Greenpeace und ist immer noch ein überzeugter Vertreter in Sachen Umwelt. In seinem Buch «The Skeptical Environmentalist» räumt er zunächst einmal radikal mit Halbwissen und Märchen in Umweltfragen auf. Anhand unverdächtigster Daten, die von der WHO, der OECD und der FAO stammen, zeigt er beispielsweise auf, dass die Luftverschmutzung nicht einfach weltweit zunimmt, sondern dass sie vom Wirtschaftswachstum und vom Wohlstand abhängig ist. Höhere Prosperität führt zu grösserer Besorgtheit um die allgemeinen Lebensbedingungen. Wer demgegenüber um das nackte Überleben kämpfen muss, dem sind Emissionen ziemlich egal. Zwischen 1550 und 1850 stieg zum Beispiel die Luftverschmutzung in London kontinuierlich an; seither ist sie ebenso kontinuierlich gefallen und liegt heute deutlich tiefer als zu Beginn der regelmässigen Messungen. Dies trotz bedeutend grösserer Wohnbevölkerung und deutlich mehr Motorfahrzeugen als im Jahr 1550. Ferner zeigt Lomborg die wahren Proportionen in Bezug auf die Regenwälder auf: Die heftig beklagten Rodungen in Nigeria, Madagaskar und Zentralamerika machen etwa 2,5 Prozent des Weltbestandes an Tropenwäldern aus.

In Brasilien sind seit dem Eintreffen der menschlichen Spezies ganze 14 Prozent des Waldbestandes aufgegeben worden. Der jährliche Verlust beträgt weniger als 0,5 Prozent. Der gesamte Waldbestand der Welt scheint trotz Papierproduktion alles andere als gefährdet. Europa hatte am Ende des Mittelalters deutlich weniger Wald als heute.

Wussten Sie übrigens, dass der globale Wasserverbrauch der Erdbevölkerung, gemessen in Litern pro Kopf, seit 1980 rückläufig ist? Auch das ist eine Feststellung, die Lomborg in seinem Buch macht. Die Liste an erstaunlichen Fakten liesse sich problemlos fortsetzen. Wohlverstanden: Lomborg ist ein eingefleischter Grüner, aber im Gegensatz zu andern Vertretern dieser Couleur ist er kein Ideologe, und er kann deshalb zwischen Wichtig und Unwichtig unterscheiden. Lomborg verneint keineswegs, dass es im Umweltbereich Probleme gibt, aber er weist darauf hin, dass es bei weitem wichtigere Probleme zu lösen gibt und dass die Lösung dieser wichtigeren Probleme bei weitem mehr zur Lösung der Umweltproblematik beitragen würde als das, was man unter dem Titel der Umweltpolitik normalerweise veranstaltet.

Wir haben in diesem Sinn also keinen Grund, den Antrag auf Rückweisung von Kapitel 1 zu unterstützen. Wir sind der Meinung, dass die Aussenwirtschaftspolitik konsequent auf die Interessen der Schweizer Wirtschaft ausgerichtet sein soll und nicht auf alle möglichen und unmöglichen Ziele Rücksicht nehmen muss. Wir helfen damit auch der Umwelt und der Bekämpfung der Armut.

Gross Andreas (S, ZH): Herr Müller Walter hat jetzt genau und schön dargestellt, was auch die Schwächen des Berichtes und des Strategiekonzeptes des Bundesrates sind, nämlich eine Sicht der Globalisierung, die nur darauf ausgerichtet

tet ist, wie wir am meisten von der Globalisierung profitieren können, ohne darauf zu bedacht zu sein, dass die Globalisierung auch den anderen nützt. Wenn sie nämlich den anderen zu wenig nützt, nützt sie auch letztlich uns selber nicht, auch wenn wir uns noch so sehr anstrengen, Herr Müller.

Diese Schwäche des Bundesrates könnte man auch illustrieren, wenn wir hier über einen Eisenbahnbericht sprechen würden. Dann würde hier gesagt, weshalb die Eisenbahn wichtig sei, wie sie entstanden sei, wie sie funktioniere und wie man das Eisenbahnnetz in den nächsten vier Jahren ausbauen wolle. Es würde aber nichts darüber gesagt, wie die Eisenbahn auch den Randregionen nützen könnte, wie die Eisenbahn auch jenen nützen könnte, die nicht im Zentrum wohnen.

Genau das, was wir in den letzten hundert Jahren bei der Eisenbahn gemacht haben, tun wir in Bezug auf die Globalisierung nicht. Gerade ein Land, das von der Aussenwirtschaft stark abhängig ist, gerade ein Land, das von der Globalisierung existenziell profitiert, muss sich anstrengen, dass dieses System nicht nur ihm selber nützt, sondern auch denjenigen, die heute einen grossen Nachteil davon haben. Es gibt neue Professoren und neue Erkenntnisse, die eben zeigen, dass man zum Beispiel Indien nicht einfach mit Afrika vergleichen kann.

Damit die Globalisierung den Afrikanern – und auch den Schwächeren in Afrika – wirklich nützen kann, braucht es, wie Frau Zapfl gesagt hat, Regeln. Diese Regeln gibt es heute noch nicht. Genau so, wie die Eisenbahn Regeln brauchte, genau so, wie die Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert politische Ausgleichsmechanismen brauchte, damit alle – auch die armen Kinder, auch die Frauen, auch die Menschen in den Rand- und Bergregionen – von der Volkswirtschaft profitieren konnten, brauchen wir globale Regeln, die die Starken zwingen, auf die Schwachen Rücksicht zu nehmen. Wenn wir das nicht tun, dann sägen wir letztlich auch an dem Ast, auf dem wir selber sitzen. In dem Sinne ist ein Denken an die anderen langfristig auch wohlverstandenes eigenes Interesse. Wenn wir das nicht tun, dann schmälern wir die Dauerhaftigkeit, die Nachhaltigkeit jenes Systems, von dem wir abhängig sind. Deshalb sollten wir eine Strategie in Bezug darauf entwickeln, wie wir als Privilegierte uns anstrengen können, damit auch jene von diesem System profitieren, die heute nicht privilegiert sind, nämlich die Schwachen. Nur dann können wir mit uns selber zufrieden sein.

Dieses wohlverstandene eigene Interesse ist meiner Meinung nach in diesem Bericht zu kurz gekommen. Er erkennt die Abhängigkeit der eigenen Existenz von der Existenz der anderen zu wenig. Wenn wir für die Globalisierung wirklich etwas Dauerhaftes machen möchten, dann müssen wir sie humanisieren, wir müssen sie demokratisieren, und wir müssen ihr einen politischen Unterbau organisieren, der sie auch in Zukunft trägt, und zwar nicht nur für uns, sondern auch für die anderen. Wenn es den anderen schlecht geht, wird es uns nicht besser gehen. Diese Erkenntnis sollte in Zukunft in die Berichte des Bundesrates einfließen, sonst tut er meiner Meinung nach seine Pflicht zu wenig gut.

Leu Josef (C, LU): Ich äussere mich zum Kapitel Welthandelsorganisation (WTO) und beschränke mich dabei auf den Bereich der Landwirtschaft. Der dort dargestellte Verhandlungsrahmen auf dem Gebiet des Marktzutritts durch einen substanziellen und harmonisierenden Zollabbau, auf dem Gebiet des internen Stützungsabbaus und auf dem Gebiet der Beseitigung sämtlicher Formen von Exporthilfen bestätigt die Notwendigkeit und Richtigkeit der bereits zu Beginn der Neunzigerjahre eingeleiteten etappierten Reformschritte in der Landwirtschaft bis hin zur «Agrarpolitik 2011». Dabei wurden die ökologischen Ziele weitgehend erreicht, während die ökonomischen Ziele und die Sozialverträglichkeit noch nicht erreicht wurden. Es kann nicht das Ziel sein, stabile Einkommen auf einem nicht vertretbaren tiefen Niveau zu halten.

Herr Bundesrat Deiss, mit Interesse habe ich vom kürzlichen Vorbereitungstreffen in Mombasa zur Ministerkonferenz der WTO vom kommenden Dezember Kenntnis genommen. Ich danke Ihnen, dass Sie sich dort einmal mehr dafür eingesetzt haben, dass erstens die sogenannte Greenbox als anerkanntes System und rechtliche Basis der Direktzahlungen für die Schweiz nicht verhandelbar ist. Sie haben sich zweitens dafür eingesetzt, dass die geografischen Herkunftsbezeichnungen nicht nur Worthülsen bleiben. Wir erwarten natürlich diesen Einsatz auch, geht es doch in der Konsequenz für die Schweizer Landwirtschaft um einen Einkommensverlust von 1,5 bis 2 Milliarden Franken. Mit Direktzahlungen allein wird dieser Ausfall nicht aufzufangen sein.

Es würde – und damit komme ich zu einer leisen Kritik – nach meiner Auffassung zur Transparenz gehören, dass der Bundesrat auch unter dem Aspekt des generellen Spardrucks klar kommunizieren würde, dass der Strukturwandel grösser ausfallen muss, wenn die ökonomischen Ziele erreicht werden sollen. Der Preisdruck bei den Landwirtschaftsprodukten wird gross bleiben. Das Kostenniveau in der Schweiz wird demgegenüber kaum oder nur langsam sinken. Neben der Ausschöpfung der Möglichkeiten am Markt und dem konsequenten Kostenmanagement in unseren Landwirtschaftsbetrieben braucht es auch grundlegende Korrekturen der innenpolitischen Rahmenbedingungen. Entsprechende Massnahmen sind zwar angekündigt, aber sie greifen noch nicht, und sie greifen vor allem zu wenig schnell. Dabei läuft uns die Entwicklung davon. Das sind schlechte Zeichen für eine produzierende, den Kriterien von Effizienz und Produktivität genügende Landwirtschaft. Es sind bessere Signale für eine nur noch pflegende «Ausstiegslandwirtschaft».

Im Kampf gegen die Hochpreisinsel Schweiz ist die Handlungsbereitschaft des Bundesrates im Bereich der Kosten- und Preistreiberei zu wenig spürbar. Wieso sind denn beispielsweise nicht schon lange verschiedene Landwirtschaftsverordnungen den EU-Vorschriften angepasst worden? Wieso hat es die Wettbewerbskommission gebraucht, um dieses Thema aufzunehmen? Im Wissen darum, dass das heute schon erwähnte Cassis-de-Dijon-Prinzip kein Zaubertrank ist, frage ich trotzdem: Wieso ist der Bundesrat so zurückhaltend, obwohl zwei breit abgestützte Vorstösse vorliegen, die darauf zielen, dieses Prinzip zu übernehmen, um wenigstens einige nichttarifäre Handelshemmnisse abzubauen und damit die Produktion zu verbilligen und die Konkurrenzsituation zu verbessern? Herr Bundesrat Deiss, Sie dürfen doch unsere Landwirtschaft, insbesondere die zukunftsfähigen Betriebe, nicht mit hausgemachten Fesseln an Händen und Füßen in den zunehmend international werdenden Wettbewerb schicken!

*Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen
Le débat sur cet objet est interrompu*

05.9002

Mitteilungen der Präsidentin Communications de la présidente

La présidente (Meyer Thérèse, présidente): Je me permets de saluer à la tribune diplomatique Monsieur Vojislav Limov, député de la Chambre des peuples de l'Assemblée parlementaire de Bosnie-Herzégovine. Notre collègue est le président de la commission des Chambres bosniaques responsable de la surveillance des services de renseignement. Il est reçu par la Délégation des Commissions de gestion des Chambres fédérales, afin de discuter du contrôle démocratique sur les services de renseignement.

Je remercie vivement Monsieur Limov de l'intérêt qu'il porte à nos institutions et lui souhaite un excellent et agréable séjour dans notre pays. (*Applaudissements*)

05.009

Aussenwirtschaftspolitik. Bericht 2004

Politique économique extérieure. Rapport 2004

Fortsetzung – Suite

Bericht und Botschaften des Bundesrates 12.01.05 (BBl 2005 1089)
Rapport et messages du Conseil fédéral 12.01.05 (FF 2005 993)

Nationalrat/Conseil national 09.03.05 (Erstrat – Premier Conseil)

Nationalrat/Conseil national 09.03.05 (Fortsetzung – Suite)

Ständerat/Conseil des Etats 15.03.05 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Müller Geri (G, AG): Die Debatte, die bis jetzt geführt worden ist, zeigt ganz deutlich, dass wir die beiden Teile trennen müssen – das nur als eine Nebenbemerkung zum Rückweisanspruch meiner Minderheit. Die Debatte zeigt aber auch, dass wir sorgfältiger umgehen müssen mit den verschiedenen Berichten, die im Bericht enthalten sind, und auch mit den verschiedenen Dimensionen, die dargestellt werden.

Zwei Feststellungen: Es ist klar, auch die Schweiz kennt Armut; 11 Prozent unserer Bevölkerung leben unter der Armutsgrenze. Das ist ein Skandal in einem Land, das zu den fünf reichsten Ländern gehört. Da haben also auch wir Aufholbedarf. Mich dünkt es ein bisschen befremdlich, wenn das in dieser Debatte ausgeschaltet respektive wenn gesagt wird, wir müssten unser Wirtschaftswachstum steigern, und wenn jedes Mal, wenn es um diese Leute geht, gespart wird. Das ist der erste Punkt, der mir Sorge macht.

Der zweite Punkt betrifft die Frage, was Aussenwirtschaft überhaupt beinhaltet. Die meisten gehen davon aus, dass Aussenwirtschaft nur für die Schweizer Wirtschaft sinnvoll sein soll. Ich bin froh, hat Andreas Gross vorhin interveniert und darauf hingewiesen, dass nur ein Ausgleich zwischen den beiden Teilen – den reichen und den armen Ländern – überhaupt einen Sinn macht, wenn man Aussenwirtschaft betrachtet. In diesem Land, in diesem Haus wird fast jeden Tag gesagt, dass jeder zweite Franken im Ausland verdient wird. Offenbar stimmt das. Was wäre, wenn nicht ein ganzer Franken im Ausland verdient würde, wenn es nur 90 Rappen wären? Was wäre, wenn 10 Rappen für eine nachhaltige Entwicklung der gesamten Welt investiert würden? Was wäre, wenn die Schweiz die Millenniumsziele so verfolgen würde, wie es im Jahre 2000 abgemacht worden ist? Wir tun es nicht, wir bringen gerade mal 50 Prozent von dem hin, was wir eigentlich tun sollten. Und was wäre, wenn die Schweiz bei der Umsetzung des Kyoto-Protokolls vorbildlich wäre? Was könnten wir dort leisten und auch vorführen?

Es wurde gesagt, das Wachstum in der Schweiz und in Europa betrage nur 2 Prozent, weltweit seien es 5 Prozent, bei uns stagniere es. Wir sind aber auch in einer anderen Position. Wenn die Schweiz wirtschaftlich so wachsen würde wie Länder, die jetzt hinter oder an der Schwelle stehen, dann wäre das Ungleichgewicht noch viel grösser. Es können – und das müsste eigentlich im vorliegenden Bericht auch stehen – nicht alle auf der Welt den Stand der Dinge erreichen, den Westeuropa zurzeit hat.

Wenn man ganz ehrlich ist, müsste man auch sagen: Wahrscheinlich kann eine Umsetzung der Millenniumsziele nur dann stattfinden, wenn wir auf etwas verzichten. Es ist aber nicht gut, wenn das Politiker sagen müssen; vor allem vor Wahlen ist das sehr, sehr gefährlich. Und dennoch: Eine gute Aussenwirtschaftspolitik würde solche Ziele mit einbeziehen.

Ich gehe mit Ihnen einig: Über den Bericht, über das Geschehene, können wir nicht gross diskutieren. Wir müssen über die Strategie diskutieren; dafür haben wir heute definitiv zu wenig Zeit. Deshalb ist es wichtig, dass wir diese beiden Teile trennen und dann eine ausführliche Debatte über die Strategiepunkte führen. Diese Debatte muss, wie gesagt, nicht nur hier stattfinden, sondern auch draussen im Lande. Ich bitte Sie also, wie gehabt, diesen Bericht zur Kenntnis zu nehmen und die Schlüsse für das nächste Jahr daraus zu ziehen. Diese Schlüsse müssen eindeutig dahin gehen, dass die Schweiz den Zielsetzungen, die sie der internationalen Gemeinschaft versprochen hat, näher kommt.

Schibli Ernst (V, ZH): Die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes ist in den vergangenen Jahren langsamer vorangeschritten, als dies wünschbar gewesen wäre. Die Ursachen sind vielfältig. Es sind aber vor allem zwei Hauptgründe, die diese Situation massgeblich beeinflussten: erstens die immer grössere Regulierungs- und Auflagendichte im Inland und zweitens die schlechte wirtschaftliche Verfassung unseres Nachbarlandes Deutschland.

Zum ersten Punkt: Das ständige Gejammer wegen zu grosser Hindernisse an unseren Grenzen, wegen der unzureichenden Öffnung unseres Landes, wegen der ungenügenden internationalen Vernetzung, weswegen die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Schweiz limitiert seien, kann man bald nicht mehr hören. Eine erfolgreiche Aussenwirtschaftspolitik beginnt nicht in Amerika, Afrika oder Asien, sondern eben im eigenen Land. Wir sind verpflichtet, die Möglichkeiten und Rahmenbedingungen für unsere Wirtschaft so anzupassen und zu verändern, dass der Heimmarkt die Basis für ein erfolgreiches Wirken im Ausland bildet. Statt ständig für neue Auflagen und Aufgaben Gesetze und Verordnungen zu erlassen, wodurch der administrative Aufwand und natürlich die Kosten massiv ansteigen, wäre eine Totalrevision aller Gesetze und Verordnungen, die die Wirtschaft betreffen, im Hinblick auf eine schlanke, transparente und wirtschaftsfördernde Gesetzgebung dringend notwendig. Damit würde die Wettbewerbsfähigkeit auf nationaler und internationaler Ebene verbessert. Die Arbeitslosigkeit würde stark sinken, und von den daraus resultierenden volkswirtschaftlichen Möglichkeiten könnte die ganze Gesellschaft, die gesamte Bevölkerung, profitieren.

Herr Bundesrat Deiss, welche Massnahmen haben Sie in die Wege geleitet oder werden Sie noch in die Wege leiten, um für die Schweizer Wirtschaft im internationalen Wettbewerb verbesserte Voraussetzungen zu schaffen? Sind Sie nicht auch der Auffassung, dass die bestehende und wirtschaftsfeindliche Überregulierung abgebaut werden muss?

Der zweite Punkt betrifft unseren wichtigsten und grössten Handelspartner, nämlich unseren Nachbarn Deutschland. Die deutsche Wirtschaft darbt seit Jahren; das spürt unsere Exportwirtschaft ganz speziell. Es ist darum unverständlich, dass das Seco bei der Beurteilung der Wirtschaftssituation immer derart positive Entwicklungs- und Wachstumsprognosen verkündet. Die deutsche Wirtschaft leidet unter zu viel Staat. Die Regulierungssünden, die vor fünfzehn bis zwanzig Jahren begangen wurden, greifen seit einigen Jahren mit unerhörter Kraft. Neben der Wirtschaft hat auch der Staat grösste Mühe, sich aus dieser Umklammerung zu lösen.

Der Zustand in Deutschland sollte uns Mahnung genug sein, die ständig wachsende staatliche Einflussnahme und die Regulierung der Wirtschaft anzuhalten und zurückzuschrauben. Ich bin davon überzeugt, dass unser Land gute Zukunftsaussichten hat, wenn wir bereit sind, unsere Hausaufgaben zu machen. Dies erfordert aber Kraft, Weitsicht und die Überzeugung und den Willen, auf einer guten Grundlage, von einem guten inländischen Fundament aus, in der Weltwirtschaft erfolgreich tätig sein zu können.

Rennwald Jean-Claude (S, JU): D'autres que moi vous ont dit, ou vous diront encore, tout le bien ou tout le mal qu'ils pensent de la mondialisation. Pour ma part, je vais me concentrer sur l'aspect européen de ce rapport. Ce rapport –

cela a été dit en commission – n'est pas un rapport d'intégration. Il n'en demeure pas moins que dans plusieurs passages, le Conseil fédéral prend certaines options importantes à ce sujet. J'en veux pour preuve qu'à plusieurs reprises, il insiste lourdement sur la question des services, notamment à la page 1035 du rapport: «L'absence d'un véritable accord sur les services avec l'UE représente donc une lacune qui ne peut être comblée par l'accord général sur le commerce et les services, les prestataires de services suisses n'ayant ainsi aucune garantie d'accès au marché. C'est pourquoi la reprise de négociations sur les services avec l'UE devra être examinée.» Sans que cela soit dit explicitement, nous avons un peu l'impression qu'avec de telles déclarations, on veut repartir pour un troisième train d'accords bilatéraux.

J'en veux aussi pour preuve que, dans sa réponse du 23 février 2005 à une interpellation (04.3800) du soussigné, le Conseil fédéral ne parle plus des services, mais de l'électricité et de la sécurité des aliments. Je vous le concède, dans ce cas précis, il s'agit d'une requête de l'UE. Mais je répète aussi ici clairement que, pour le groupe socialiste, il ne sera plus question, après le 25 septembre 2005, d'un troisième train d'accords bilatéraux, sauf sur certains aménagements techniques.

A cela j'ajoute le fait que la libéralisation des services en Europe repose aujourd'hui sur la directive dite Bolkestein, qui vise notamment à ce qu'une prestation de services s'effectue désormais non plus dans les conditions du lieu d'exécution, mais selon les règles du lieu d'origine. Le projet de directive Bolkestein a été retiré provisoirement par la Commission européenne, mais il n'en reste pas moins que le danger subsiste, je dirai même que le péril subsiste, car il y a péril en la demeure. En effet, la mise en oeuvre de la directive Bolkestein signifierait qu'une entreprise polonaise, par exemple, pourrait fournir une prestation de services en France ou en Suisse, selon les conditions en vigueur en Pologne. Une telle politique, même si tous ses aspects juridiques ne sont pas encore éclaircis, menacerait directement la directive européenne sur les travailleurs détachés, directive sur laquelle reposent nos propres mesures d'accompagnement. Je vous demande par conséquent, Monsieur le conseiller fédéral, de mesurer toutes les conséquences d'une telle aventure avant de vous y lancer.

J'ajoute à ce propos que le 19 mars prochain aura lieu à Bruxelles une grande manifestation syndicale européenne contre la directive Bolkestein et pour l'emploi, et qu'une délégation du syndicat Unia participera à cette manifestation.

J'aimerais en venir encore à une réflexion un peu plus fondamentale. On constate, sur les dix années écoulées, que la croissance du produit intérieur brut par tête d'habitant a été de 2 pour cent aux Etats-Unis, qu'elle a été de 2,1 pour cent au sein de l'UE et qu'elle n'a été que de 0,8 pour cent en Suisse. Pour expliquer cela, on fait souvent référence à un marché insuffisamment ouvert. On dit encore que la quote-part fiscale de la Suisse est trop élevée. Ces arguments ne tiennent pas, parce que des pays très dynamiques, comme les pays scandinaves, ont une quote-part fiscale élevée, alors que le Japon, par exemple, qui a une charge fiscale parmi les plus basses des pays de l'OCDE, se trouve dans une situation proche de celle de la Suisse, voire plus mauvaise qu'elle. Une partie de l'explication réside dans le phénomène suivant: c'est que, très souvent dans ce débat, on passe comme chat sur braise sur la question des salaires. Et ici aussi, la comparaison est édifiante: durant la même période – 1995–2004 –, la croissance des salaires réels a été de 15 pour cent aux Etats-Unis, de 13 pour cent au sein de l'UE – je parle évidemment de l'Union à quinze – et de 5 pour cent en Suisse, c'est-à-dire presque trois fois moins qu'au sein de l'UE!

Je crois que cela ne va plus et qu'une des raisons de cette situation, c'est le fait que nous ne sommes pas véritablement intégrés totalement au grand marché européen. En effet, celui-ci produit une dynamique et une logique qui lui sont propres, et jamais nous ne pourrions atteindre ce niveau tant que nous en resterons à une politique d'accords bilatéraux.

Wobmann Walter (V, SO): Wenn man die Weltwirtschaft genauer betrachtet, muss sehr schnell festgestellt werden, dass ein dynamisches Wirtschaftswachstum vor allem in grossen Teilen Asiens, insbesondere in China, und auch in Nordamerika stattfindet, nicht aber in Mitteleuropa und in unserem Land. Vor diesem Hintergrund ist natürlich eine strategische Auslegeordnung in Form des vorliegenden Berichtes wichtig und auch interessant.

In Kapitel 1 auf Seite 1104 des Berichtes steht eine für mich ganz zentrale Aussage: «Aussenwirtschaftspolitik beginnt im Inland: Ein wettbewerbsintensiver Binnenmarkt generiert Wachstumsimpulse, erhöht die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Unternehmen und schafft Spielraum für internationale Abkommen. Der Bundesrat treibt die mit dem Wachstumspaket eingeleiteten Reformen mit dem Ziel der Wettbewerbssteigerung auf dem Schweizer Binnenmarkt konsequent voran.» Dies steht so im Bericht. Aber ich frage den Bundesrat: Wo sind denn die Reformen beim Staat? Oder ist mit Reformen und mehr Wettbewerb etwa nur die Privatwirtschaft gemeint?

Beim Staat tut sich jedenfalls in Sachen Reformen tatsächlich wenig. Dabei bräuhete die Wirtschaft doch dringend Entlastungen in den Bereichen Steuern und Abgaben, bei den aufwendigen bürokratischen Abläufen und bei den Vorschriften. Aber hier vermisste ich klare Aussagen und entsprechende Bekenntnisse. Produktionsverteuernde Auflagen und Abgaben wie zum Beispiel die VOC-Abgabe müssen überprüft und wenn möglich abgeschafft werden; vor allem solche, die weltweit einmalig sind, müssen verschwinden. Leider passiert fatalerweise gerade das Gegenteil. So wird beispielsweise der neue Lohnausweis den Unternehmen noch grösseren bürokratischen Aufwand bringen und ihnen vermutlich noch mehr finanzielle Mittel entziehen. Das Gleiche gilt übrigens für die zur Diskussion stehende CO₂-Abgabe und vieles mehr. Ich vermisste also konkrete Reformvorschläge. Stattdessen erscheinen im Bericht ellenlange Abhandlungen über die Entwicklungszusammenarbeit.

Es fällt weiter auf, dass das Heil vor allem in der Öffnung gesucht wird. Aber was nützen offene Märkte, was nützen Verträge, wenn die Exportprodukte wegen zu hoher einheimischer Auflagen zu teuer sind, also nicht konkurrenzfähig sind? Auch der freie Personenverkehr kann da nicht weiterhelfen, wie beispielsweise in Deutschland nur unschwer festgestellt werden kann. Dort werden trotz des freien Zutritts für billige Arbeitskräfte Abertausende von Arbeitsplätzen in Billiglöhnländern verlagert. Die Autoindustrie lässt grüssen!

Die im Bericht erwähnte Revision des Binnenmarktgesetzes geht in die richtige Richtung. Aber es braucht, wie schon gesagt, noch viel mehr. Wir müssen die selbst geschaffenen Hürden beseitigen, wenn die Schweiz ihr jetziges Wohlstandsniveau halten will. Dann braucht es entsprechend Wachstum. Dies bedingt aber einen blühenden Aussenhandel.

Fehr Mario (S, ZH): Der vorliegende Bericht zur Aussenwirtschaftspolitik 2004 zeugt von all den Bemühungen, die die Schweiz unternimmt, um ihre internationalen Wirtschaftsbeziehungen möglichst vorteilhaft zu gestalten. Dagegen ist grundsätzlich nichts einzuwenden, wenngleich festgehalten werden muss, dass der Bericht auch ein lebhaftes Zeugnis davon ablegt, dass diese Bemühungen schwieriger geworden sind. Solange es gelang, innerhalb der WTO allgemeine Rahmenbedingungen für alle festzulegen, konnte auch die Schweiz als kleines Land von solchen Regelungen profitieren. Die Prozesse innerhalb der WTO sind schleppender geworden; daraus resultieren mehr Drittstaatenabkommen. Diese streben wir in der Regel gemeinsam mit unseren Partnern in der Efta an, mit Norwegen, Island und Liechtenstein. Ich würde diese Strategie auch fortsetzen; es sind dies nämlich die letzten Bündnispartner, die uns auf dem internationalen Parkett geblieben sind.

Viel schwieriger als die Entwicklung innerhalb der WTO ist unser ungeklärtes Verhältnis zu dem nach wie vor und mit Abstand wichtigsten Handelspartner, nämlich der EU. Selbstverständlich unterstützen wir die bisherigen bilateralen Verträge. Sie sind aber nicht mehr und nicht weniger als

ein Garant dafür, dass sich die durch unser Abseitsstehen verursachten Schäden einigermaßen in Grenzen halten. Wir wissen – zumindest sollten wir wissen –, dass es in Zukunft noch viel schwieriger wird, solche Verträge mit der EU abzuschliessen. Es wird innenpolitisch schwieriger; ich glaube beispielsweise nicht, dass sich derzeit für einen bilateralen Vertrag bezüglich einer Liberalisierung von Dienstleistungen in der Schweiz eine Mehrheit organisieren liesse. Es wird aber auch schwieriger, weil die Prozesse innerhalb der EU gegenüber Drittstaaten schwieriger geworden sind. Die EU ist sehr stark mit ihrem eigenen Integrationsprozess beschäftigt. Es wird vor allem dann noch schwieriger werden, wenn es in einer der kommenden Volksabstimmungen dieses Jahres ein Nein geben sollte.

Wie auch immer: Wir sind überzeugt, dass die Schweiz ihr Verhältnis zu Europa klären muss, und wir sollten dieses Verhältnis rasch klären. Seit Mai 1992 ruht in einer der hintersten Tiefkühltruhen in Brüssel ein Beitrittsgesuch der Schweiz. Der Bundesrat, der noch in der vergangenen Legislaturperiode erklärt hatte, in dieser Legislaturperiode entscheiden zu wollen, ob Beitrittsverhandlungen aufgenommen werden sollen oder nicht, hat sich jetzt darauf beschränkt, bis Ende dieser Legislatur einen Bericht zu schreiben, in dem er die Grundlagen für einen Entscheid schaffen will, ob denn diese Verhandlungen allenfalls in der nächsten Legislatur wieder aufgenommen werden sollen oder nicht. Mehr liegt nicht vor, und das ist unseres Erachtens zu wenig. Herr Rennwald hat Ihnen vorhin einige Eckdaten aus der EU genannt. Es muss uns schon erstaunen, dass beispielsweise in der EU in den letzten zehn Jahren ein Wachstum erreicht werden konnte, das etwa dreimal so hoch ist wie jenes der Schweiz. Es muss uns auch erstaunen, dass Länder mit vergleichbaren Strukturen, wie Finnland oder Österreich, innerhalb des europäischen Binnenmarktes ganz andere Wachstumsraten aufweisen als die Schweiz. Wir müssen endlich vollumfänglich am europäischen Binnenmarkt teilhaben, wir müssen daran partizipieren und auch mitentscheiden können.

An der EU führt auch volkswirtschaftlich kein Weg vorbei. Eine solche Perspektive vermisste ich in diesem Bericht, und ich kann nur hoffen, dass der Bundesrat dies in seinem Europabericht nachholen wird. Herr Bundesrat, ich wünsche Ihnen dabei gutes Gelingen.

Mörgeli Christoph (V, ZH): Der Bericht zur Aussenwirtschaftspolitik 2004 formuliert als Ziel deutlich die Mehrung des Wohlstandes. Hiermit sind wir vollkommen einverstanden. Es ist auch uneingeschränkt richtig, dass die internationale Arbeitsteilung die Basis unseres wirtschaftlichen Erfolges darstellt. Wenn Sie dazu noch das Prinzip des Eigentums nehmen, haben wir die Grundlagen des Kapitalismus, mit welchem sich die SP noch immer sehr schwer tut, der aber die Grundlage für unser aller Wohlstand ist.

Nur: In welcher Weise und mit welchen staatlichen Aktivitäten erreichen wir dieses Ziel? Da fällt es auf, dass Bundesbern in erstaunlichem Masse auf internationale Verträge, Aktivitäten von Regierung und Verwaltung, staatliche Regelungen, Berichte und Papiere wie das vorliegende setzt. Wir vernehmen Trompetenstösse, etwa die Aussage, erstmals sei eine Gesamtsicht, eine Gesamtstrategie für die schweizerische Aussenwirtschaftspolitik, aufgegleist worden. Etwas mehr Bescheidenheit über die Grenzen der staatlichen Machbarkeit im Wirtschaftlichen wäre wohl nicht von Übel.

Im Bericht wird die Wahrung der Schweizer Interessen auf internationaler Ebene gefordert; es heisst darin, dies sei durch möglichst weitgehende Integration in suprastaatliche Gebilde möglich. Es ist hier wieder mal mit aller Deutlichkeit festzuhalten: Die Schweiz erobert die Märkte in erster Linie mit Produkten, niemals in erster Linie mit bürokratischen Massnahmen der Bundesverwaltung. Ein Kalb wird schwerer dank der Fütterung, nicht dank der Waage, auf welche man es von Zeit zu Zeit stellt. Unser Land hatte grosse Exporterfolge, weil die Qualität seiner Produkte und Dienstleistungen überzeugte – vor allem auch in jenen Jahren, als die

internationale und nationale Bürokratie noch weniger ausgeübt war.

Im Bericht wird von Optimierung der Staatstätigkeit gesprochen. Nur: Was heisst Optimierung? Sicher nicht ständig wachsende Apparate, immer grössere Kontrolle, immer mehr Bürokratie, immer mehr Einmischung des Staates in die Wirtschaft. Das Beispiel der Swiss sollte uns Warnung sein gegenüber diesem Primat der Politik, wie man es damals hier in diesem Saal gefordert hat.

Wenn im Bericht mangelnder Wettbewerb beklagt wird, sollten wir in diesem Zusammenhang auch Folgendes bedenken: Gerade die ständigen Harmonisierungs- und Integrationsbemühungen bilden das Gegenteil von Wettbewerb. Ein EU-Beitritt heisst eine Mehrwertsteuer in der Höhe von mindestens 15 Prozent für alle. Bereits ist auch der Steuerwettbewerb von grossen Staaten in der EU hinterfragt worden. Man singt im Bericht das Loblied der Mobilität der Menschen. Seit 1991 sind 1 Million Leute zu uns gekommen. So viel zur angeblichen Isolation und Abschottung unseres Landes. Wir haben in diesen Jahren keinen Wachstumsschub erlebt, im Gegenteil. Die Qualität der Zuwanderung ist eben offenbar im Moment kein wirtschaftliches Plus.

Der Bericht zeigt, dass man zu sehr an Möglichkeiten von supranationalen Gremien glaubt, von Departementen, Bundesämtern und internationalen Unterhändlern der Verwaltung. Wir als zum Teil auch staatlich besoldete Politiker und auch die staatlich besoldeten Angestellten sollten vielleicht einen Text zur Kenntnis nehmen, der nicht sehr angenehm tönt, der aber doch für uns alle bedenkenswert ist. Der Herr vom Stein hat dem Herrn von Gagnon vor langer Zeit über den preussischen Obrigkeitsstaat geschrieben: «Wir werden von besoldeten, buchgelehrten, interessenslosen, ohne Eigentum seienden Bürokraten regiert. Besoldet, also strebend nach Erhaltung und Vermehrung der Besoldeten; buchgelehrt, also lebend in der Buchstabenwelt und nicht in der wirklichen; interessenslos, denn sie stehen mit keiner der den Staat ausmachenden Bürgerklasse in Verbindung; eigentumslos, also alle Bewegungen des Eigentums treffen sie nicht. Es regne oder scheine die Sonne, die Abgaben steigen oder fallen, sie erheben ihr Gehalt aus der Staatskasse und schreiben, schreiben, schreiben in stillen, mit wohlverschlossenen Türen versehenen Büros, unbekannt, unbemerkt, ungerühmt und erziehen ihre Kinder wieder zu gleich brauchbaren Schreibmaschinen.»

Banga Boris (S, SO): Der neugestaltete Bericht ist zwar eine gute Auslegeordnung der schweizerischen Handelsdiplomatie, für die ich mich bedanke, Herr Bundesrat, wenn er auch in Anwendung des geflügelten Wortes vom alten Wein in neuen Schläuchen relativ wenig Neues bringt. Neu ist aber der oftmals wiederkehrende Verweis auf den Binnenmarkt. Binnenwirtschaftliche Reformen, die am Willen des Souveräns scheitern könnten, sollen nun plötzlich mit dem Argument der aussenpolitischen Notwendigkeit begründet werden. Eine solche Instrumentalisierung der Aussenpolitik lehne ich ab. Überlassen wir doch unsere Aussenpolitik nicht auch noch den Ideologen und Ideologinnen, wie wir sie eben vorhin gehört haben. Es gibt genügend Politikbereiche, wo wir nicht weiterkommen, weil die Pragmatiker fehlen.

Angesichts der beschränkten Zeit möchte ich drei wesentliche Punkte beziehungsweise Lücken erwähnen:

1. Im Bericht finden sich keine Hinweise darauf, dass die schweizerische Wirtschaft – ich verweise auf die Banken, Versicherungen, auf unternehmensnahe Dienstleister – ein grosses Interesse an zusätzlichen Markteröffnungen hat. Stattdessen wird in epischer Breite über den angeblichen Liberalisierungsrückstand im Infrastrukturbereich gepredigt. Die Professoren im Seco sollen doch bitte zur Kenntnis nehmen, dass die bisherigen Abstimmungen auf allen drei Ebenen zeigten, dass die Bevölkerung mit dem öffentlichen Dienst zufrieden ist, dass die Bevölkerung eine flächendeckende Versorgung wünscht, dass aber auch die Unternehmungen die öffentliche Infrastruktur regelmässig als Standortvorteil bezeichnen. Hier besteht also mit Ausnahme

des Strommarktes kaum Handlungsbedarf. Es ist ja direkt pervers, dass es gerade das Seco war, welches den mühsamen, von allen politischen Kräften erarbeiteten Kompromiss im Strommarkt sabotierte. Fehler machen wir alle, aber bitte nicht den gleichen zweimal in so kurzer Zeit. Ich will also konkret wissen, wo die Europäische Union im Bereich der staatsnahen Dienstleistungen eine Änderung unserer Politik wünscht.

2. Internationale Marktöffnungen verstärken den Wettbewerb auf den Güter- und Dienstleistungsmärkten. Das verleitet gewisse Unternehmen dazu, den Wettbewerb nicht in erster Linie über die Produktivität und Qualität zu führen, sondern einen Wettlauf um die tieferen Löhne auszulösen. Wir alle wissen, dass die Schweiz auf diese internationalen Öffnungen relativ schlecht vorbereitet ist, weil wir im europäischen Bereich nur wenige Abdeckungen mit Gesamtarbeitsverträgen haben und kaum verbindliche Mindestlöhne kennen.

Es muss deshalb das Prinzip, Marktöffnungen durch Förderungen der GAV zu flankieren, in diesen Bericht aufgenommen werden.

3. Neben dem Hinweis auf den überregulierten Binnenmarkt hat das Seco bis heute immer verlauten lassen, dass die Wachstumsschwäche auch auf die hohe Staatsquote zurückzuführen sei. Dies hält nicht einmal einer empirischen Analyse stand. Wenn ich mit Schweden, wenn ich mit Österreich vergleiche, so stelle ich fest, dass diese beiden Länder – obwohl sie höhere Staatsquoten und mehr Regulierungen aufweisen – eben keine Wachstumsschwäche verzeichnen.

Wo liegen also konkret die Gründe für die Wachstumsunterschiede zwischen der Schweiz einerseits und diesen genannten Ländern andererseits? Herr Professor Bernd Schips sieht in der fehlenden Nachfrage den Hauptgrund für den Kriechgang der Schweiz. Was meint der Bundesrat zu dieser These? Ich verweise auch auf das Entlastungsprogramm 2004, das zusätzlich 28 000 Arbeitslose schafft. Und wie wirkt sich der Rückgang der durch die Banken gewährten Unternehmenskredite aus? Die Analyse spricht sich leider auch nicht darüber aus, wie es mit der Hochpreisinsel Schweiz aussieht. Ein paar Stichworte mögen genügen: Wohnraumkosten, Zinsmarge der Banken, nicht harmonisierte Bauvorschriften, unnötige Verteuerung von Baumaterial. Ich glaube, auch das ist wachstumshemmend.

Auch aus diesen Gründen bitte ich Sie, das Kapitel 1 des Berichtes an den Absender zurückzuweisen.

Rime Jean-François (V, FR): Comme les vingt premiers orateurs, j'ai pris connaissance avec beaucoup d'intérêt du rapport sur la politique économique extérieure 2004. Il s'agit d'une analyse historique très fouillée qui dépasse les simples problèmes de l'économie, puisqu'on y aborde aussi la gestion durable, la lutte contre la pauvreté, sans doute pour satisfaire les différentes sensibilités politiques représentées dans ce Parlement.

Les remarques que je vais faire sont celles d'un industriel qui n'a pas participé aux débats de la Commission de politique extérieure, puisque je suis membre de la Commission de l'économie et des redevances.

Concernant la partie la plus importante, celle des orientations stratégiques, j'aurais souhaité que des priorités avec des délais ressortent plus clairement. Si nous voulons contrôler l'efficacité de ces mesures, nous devons absolument disposer de points de repère. Une remarque peut-être un peu anecdotique sur la première dimension, puisqu'elle concerne principalement la Suisse romande: dans le domaine des accords internationaux, j'ai quelques incertitudes lorsque je lis dans la presse qu'un certain nombre de communes en Suisse romande, comme je l'ai déjà dit, se déclarent unilatéralement hors accord général sur le commerce et les services. Pour votre information, il ne s'agit pas que de quelques petites communes vaudoises: ce groupe comprend Genève, Renens, Delémont, Morges, et on en parle également à Lausanne, Yverdon-les-Bains et Bienne. Ce mouvement, dirigé par le groupe Attac, démontre clairement qu'il y

a une marge entre la théorie et la pratique. Toutes les communes que je viens de citer sont dirigées par des majorités roses-vertes, dont les représentants prônent tous, pourtant, dans ce Parlement l'ouverture au monde et l'adhésion à l'Union européenne.

Dans le temps de parole qui me reste, j'aimerais faire quelques remarques sur la deuxième dimension, la politique du marché intérieur suisse. En ce qui concerne la loi fédérale sur le marché intérieur, nous savons tous que ses effets sur la croissance seront limités. Elle présente, de plus, à mon avis, de grands dangers: certaines mesures ponctuelles feront tout simplement disparaître un certain nombre d'activités de notre pays. Que ferons-nous des employés qui auront perdu leurs places? Un employé de ma scierie n'est pas forcément apte à travailler dans les services, à l'UBS ou dans l'industrie pharmaceutique.

D'autre part, j'ai peur que, sous des prétextes divers, on refuse d'aborder certains sujets sensibles. Je pense, par exemple, à certains abus dans le domaine des conventions collectives – que je ne remets pas en cause, rassurez-vous; mais lorsque je vois l'introduction de clauses avec force obligatoire dans certains cantons, il ne s'agit de rien d'autre que de protectionnisme. Dans le domaine de la santé, on affirme que le prix des médicaments est plus élevé en fonction du pouvoir d'achat en Suisse; mais, en même temps, on demande aux paysans de produire aux prix mondiaux avec des réglementations beaucoup plus tatillonnes.

Pour terminer, j'aimerais affirmer, comme entrepreneur, que l'économie attend surtout de l'Etat et des politiciens qu'ils évitent tout excès législatif. Les mesures en faveur de l'économie sont en effet limitées, en raison des finances de la Confédération, des accords internationaux que nous avons signés et que nous respecterons – contrairement à d'autres –, également de la diversité du tissu industriel de notre pays, qui fait que certaines mesures favorables à une branche sont négatives pour d'autres.

En résumé, je remercie le Conseil fédéral pour cet excellent travail historique, mais je souhaiterais quand même qu'à l'avenir, le dossier soit un peu plus restreint, plus réduit, et qu'on y retrouve des objectifs clairs et surtout définis dans le temps.

Deiss Joseph, conseiller fédéral: Je tiens à vous remercier du débat intéressant qui vient d'avoir lieu, et je vais bien sûr répondre à toutes les questions. Il me sera peut-être difficile d'«épuiser» toutes vos interrogations; mais sachez que je vais étudier avec soin toutes les propositions qui viennent d'être faites.

Effectivement, le présent rapport sur la politique économique extérieure comporte une nouveauté que je souhaitais y introduire. Je regrettais, du temps où j'étais au Département fédéral des affaires étrangères, de ne pas avoir un rapport annuel de politique extérieure pour pouvoir en débattre au Parlement. J'ai retrouvé au Département fédéral de l'économie cette possibilité de le faire puisque, chaque année au mois de janvier, on rend des comptes sur la politique économique extérieure de l'année écoulée – j'ai trouvé que cela manquait de visions d'avenir. C'est pourquoi j'ai voulu que, dans ce rapport et dans les rapports à venir, il y ait une première partie stratégique, tournée vers l'avenir et vers la politique à mener.

Diverses interventions, notamment celle de Monsieur Gysin Remo, ont fait état d'un besoin, au sein du Parlement, d'être à même de participer à l'élaboration de notre politique extérieure, en particulier de notre politique économique extérieure, ainsi que le veut d'ailleurs la Constitution. Je suis donc reconnaissant au Parlement d'avoir saisi cette occasion pour mener un débat sur ce sujet ce matin. Il est nécessaire de le faire, parce que les changements qui interviennent dans le monde actuel sont nombreux et profonds.

Il y a bien sûr la mondialisation, évoquée en particulier par Monsieur Andreas Gross. Il y a d'autres éléments encore: une nouvelle distribution des forces, l'apparition de puissances nouvelles. Ces dernières ont été affirmées au sein de

l'OMC par ce qu'on appelle le G20, c'est-à-dire le groupe des 20 pays émergents, qui représentent plus de la moitié de la population du globe, avec comme leaders le Brésil, l'Inde, la Chine, l'Indonésie, l'Australie, pays qui sont sur le point de devenir des partenaires économiques très puissants. Il y a l'Union européenne qui continue à se former. Il y a une tendance à passer des accords de libre-échange sur toute la planète; on en dénombre 200 à l'heure actuelle. Bref, il n'est pas possible que notre pays soit uniquement le spectateur de tout ce qui se passe; nous devons bien sûr voir quelles sont les évolutions, mais nous devons réagir, voire être offensifs. Je suis d'accord avec Monsieur Gross Andreas lorsqu'il dit que nous devons non seulement voir ce que la mondialisation peut nous apporter, mais aussi ce qu'elle peut apporter aux autres. Je crois que nous le faisons à divers niveaux, notamment par la politique d'aide au développement dans le domaine économique.

La politique que nous menons au SECO vise à aider les pays à se «qualifier» au niveau économique, soit dans des organisations internationales, soit dans leur région, et nous faisons la même chose au sein de l'OMC. Nous négocions sur l'agriculture, c'est un round destiné aux pays en voie de développement. Mais au sein de cette organisation, nous ne voulons pas simplement libéraliser, nous voulons aussi accorder des règles, des exigences différenciées: on parle du chapitre S & D (special and differential treatment), donc du traitement spécial et différencié réservé aux pays en développement. Par exemple, en matière de produits industriels, nous allons négocier une baisse supplémentaire des tarifs: c'est bien sûr dans notre intérêt, à nous pays industriels. Nous allons demander aux pays en développement des contreparties qui ne sont pas identiques. Aux plus pauvres, on ne demandera peut-être rien du tout, on leur dira d'homologuer leurs tarifs actuels, au moins au sein de l'OMC. Aux pays émergents – une catégorie intermédiaire –, on demandera davantage et nous ferons les concessions les plus importantes. Nous voulons absolument que ces pays puissent entrer dans le circuit, et ce n'est pas en les refusant ou en bloquant les divers chapitres de la négociation que nous allons les aider.

Je reviendrai sur la question des services; j'en dis seulement un mot ici. Au début de la négociation de l'OMC, on pouvait avoir le sentiment que, pour les pays en développement, seuls les produits agricoles étaient intéressants. On a très vite compris, au cours des débats, qu'il ne serait pas possible d'occuper un milliard de Chinois, un milliard d'Indiens et beaucoup d'autres, uniquement à l'agriculture. Avec le niveau de vie qui devrait augmenter grâce aux meilleurs accès des produits agricoles, il y aurait besoin de développer l'industrie et les services. Par exemple, au Kenya, l'Inde a annoncé qu'elle allait maintenant faire des propositions pour mai prochain dans le domaine des services, parce qu'elle a compris que sa forte population avait non seulement des capacités dans ce domaine – pensez à l'informatique –, mais qu'il était dans l'intérêt de ce pays de participer aussi aux échanges au niveau des services.

Vous me direz: qu'y a-t-il de nouveau dans ce rapport? Je dirai que ce rapport comporte diverses dimensions novatrices dans l'approche de notre politique économique extérieure:

1. C'est la première fois que nous fixons des objectifs stratégiques et que nous donnons, dans un contexte global et intégré, les lignes de force de la politique que nous voulons mener.
 2. Nous démontrons et nous appliquons le principe selon lequel la politique extérieure ne peut pas être prise isolément, mais qu'elle doit être intégrée dans l'ensemble de notre politique.
 3. Nous mettons l'accent sur l'importance des accords bilatéraux, des négociations à mener. Nous y reviendrons. Il faut savoir avec qui, sur quoi, nous voulons négocier.
- Nous démontrons aussi que la politique économique extérieure, ce n'est pas seulement la balance commerciale. On a tendance – c'est peut-être le fait qu'on parle des «visibles» – à parler essentiellement des mouvements de marchandises. Mais il est clair que les services, les mouvements de capi-

taux, les droits de propriété, intellectuelle notamment, les travailleuses et travailleurs, tout cela sont des éléments que nous devons intégrer dans notre politique économique extérieure.

Nous avons aussi dressé la hiérarchie des enceintes au sein desquelles nous voulons travailler, le domaine multilatéral, le domaine bilatéral ou régional. Enfin, nous avons décrit pourquoi il est important de mettre ensemble, face à face, les politiques dirigées vers l'intérieur et celles dirigées vers l'extérieur.

Es geht nicht darum, die Binnenwirtschaftspolitik unter den Druck der Aussenwirtschaft zu setzen, sondern es geht darum wahrzunehmen, dass die beiden Dimensionen eng miteinander verflochten sind. Wir können nach aussen z. B. im Bereich WTO und Landwirtschaft nur so weit verhandeln, wie wir binnenwirtschaftlich mit unserer Landwirtschaftspolitik dazu bereit sind. Deshalb können wir das eine nicht vom andern trennen.

In der Aussenwirtschaftspolitik wird oft nur die Öffnung neuer Märkte gesehen. Für unsere Wirtschaft ist es aber ebenso wichtig, dass von aussen Konkurrenz in unsere Märkte gelangt, um unsere Wirtschaft fit zu halten. Deshalb bin ich der Meinung, dass wir eben die verschiedenen Dimensionen, die binnenwirtschaftliche, die aussenwirtschaftliche und die entwicklungspolitische Dimension, in unserer Aussenwirtschaftspolitik nicht vergessen dürfen.

Herr Schluer und andere haben gewünscht, dass wir konkreter werden. Es stimmt, dass Sie hier nur einen strategischen Gesamtplan haben und keinen eigentlichen operativen Plan. Der Auftrag an Herrn Gerber und das Seco besteht aber darin, die strategischen zu operativen Zielen zu machen. Es ist nicht so, dass wir da keinen Zeitplan hätten. Vielmehr hat der Bundesrat – wenn Sie letztes Jahr aufmerksam gewesen sind, dann haben Sie das festgestellt – ein Wachstumsprogramm mit einer ganzen Serie von Punkten aufgestellt; einer davon betraf die aussenwirtschaftspolitische Dimension. Überall habe ich dafür gesorgt – und das ist Sinn und Zweck dieses Wachstumsprogramms, das gewisse Leute belächelt haben –, dass die verschiedenen Bereiche unserer Politik nicht nur definiert, sondern einem Zeitrahmen untergeordnet werden. Deshalb haben wir nur Massnahmen hingenommen, die in der Hand des Bundesrates sind, denn wir wollen uns nur dort messen lassen, wo wir auch das Sagen haben.

Am Ende des letzten Jahres erhielt der Bundesrat von meinem Departement eine erste Standortbeurteilung, wie weit wir in den verschiedenen Dossiers sind. Ich sehe meine Aufgabe in diesem Zusammenhang nicht nur darin, die Projekte, welche bei mir angesiedelt sind, zu betreuen und zu verfolgen, sondern auch darin, bei Projekten, bei denen andere Departemente am Hebel sind – Sie haben die Steuerfrage und die Steuerabrechnung erwähnt –, wenigstens daran zu erinnern: Sie sind in Verzug! So haben wir gesagt, dass bei der Reform der Unternehmensbesteuerung ein Verzug von etwa sechs Monaten besteht. Wir wollen uns dieser Prüfung unterziehen.

Sie haben auch über die Gefahr des arbeitsplatzunwirksamen Wachstums gesprochen. Es ist so, dass wir zwei verschiedene Entwicklungsmöglichkeiten haben. Bei der einen geht es darum, mit weniger Mitteln sogar mehr zu produzieren. Die andere betrifft die Belegung der Märkte. Gesamthaft gesehen geht es darum, den Standort Schweiz weiterhin so zu erhalten und zu erneuern, dass er für die Ansiedlung von Unternehmen interessant ist.

Sie haben die Freizügigkeit angesprochen. Ich bin der Meinung, dass Sie und Ihre Partei, die diese Freizügigkeit bekämpfen, langfristig auf dem Holzweg sind. Denn durch die Freizügigkeit wird der Standort Schweiz gestärkt und nicht geschwächt. Somit trägt sie dazu bei, dass bei uns weiterhin Arbeitsplätze geschaffen und nicht exportiert werden.

Herr Gysin Remo wünscht einen besseren Einbezug des Parlamentes und der parlamentarischen Kommissionen. Wir sind durchaus offen dafür. Sie werden es in den kommenden Wochen in der APK wieder erfahren, wenn wir mit den Dienstleistungsangeboten vor Sie treten werden, um Sie zu

informieren. Im Rahmen der WTO-Ministerkonferenz in Kenia wurde empfohlen, dass wir bis Mai unsere Angebote präzisieren. Wir werden damit in den Bundesrat gehen. Bevor dieser darüber entscheidet, werden die Kommissionen begrüsst.

Monsieur Eggly a posé la question de la multiplicité des organisations qui s'occupent du développement. C'est vrai, il y a la Banque mondiale, il y a les banques régionales, le PNUD, l'OCDE, l'IDA, et beaucoup d'autres. Il y a beaucoup de partenaires: ce sont des dizaines et des dizaines de pays, et toute coordination est difficile en la matière. Mais je crois que, par l'exercice qui est maintenant en cours à propos des objectifs du Millénaire, nous avons quand même une certaine continuité qui est définie.

Pour la Suisse, je crois qu'il est important que nous tenions une ligne qui, grosso modo, est définie pour un tiers par les efforts que nous voulons déployer sur l'axe multilatéral – c'est-à-dire au sein des organisations précitées –, et pour deux tiers par ceux que nous déployons sur l'axe bilatéral. Je pense que, par ce biais-là, nous pouvons avoir la meilleure efficacité quant à la concrétisation des forces et des moyens que nous voulons mettre en place.

Herr Pfister, aber auch Herr Bühner und Herr Müri haben die Frage der bilateralen Verträge hervorgehoben. Ich will Ihnen hier gerne einige Informationen darüber geben. Es ist in der Tat etwas paradox, dass grosse Verhandlungen innerhalb der WTO im Gang sind, wo wir versuchen, für 148 Länder auf einen Schlag Verbesserungen, Marktöffnungen, zu erreichen. Es ist ein schwieriges Unterfangen, mit so vielen Partnern auf einmal zu verhandeln. Deshalb sind viele Länder schon daran, bilateral, also regional, gewisse Ziele zu erreichen. Wenn man weniger zahlreich ist, ist es auch leichter, Fortschritte zu machen. Wir wollen da nicht abseits stehen, auch wenn die Tatsache, dass es heute etwa 200 bilaterale, regionale Freihandelsabkommen gibt, die Situation nicht vereinfacht.

Aber wir sind uns bewusst: Jedes Mal, wenn zwei Staaten untereinander ein Freihandels- oder ein Handelsabkommen abschliessen, stellt dies für sie natürlich einen Vorteil und für die Nichtbeteiligten eine Diskriminierung dar. Deshalb ist es unser Ziel, solche Diskriminierungen zu eliminieren. Natürlich müssen wir dies vor allem dort tun, wo unsere wichtigsten Konkurrenten tätig oder wo unsere wichtigsten Partner sind. Wenn also die EU im Mittelmeerraum eine grosse Freihandelsregion errichtet, ist für unsere Exporteure in all diesen Ländern eine Diskriminierung vorhanden. Die EU-Exporteure haben freien Zugang, die unsrigen nicht. So haben wir zusammen mit den Efta-Staaten, mit Marokko, mit Israel und anderen Mittelmeerstaaten bereits Freihandelsabkommen. Wir haben soeben ein solches mit Tunesien abgeschlossen; wir sind daran, mit Ägypten zu verhandeln, und wir haben mit Libanon ein Abkommen abgeschlossen.

Andere Verhandlungen, die im Gang sind, betreffen Kanada: Hier ging die Initiative von den Kanadiern aus. Es besteht noch eine Schwierigkeit, die wir schwer überwinden können; sie betrifft zwar nicht die Schweiz, zeigt gleichzeitig aber, in welchem Rahmen wir meistens arbeiten, nämlich in jenem der Efta. Kanada und die Efta haben gegenwärtig noch ein Problem im Bereich des Schiffbaus zu lösen. Es betrifft nicht die Schweiz, sondern vor allem die Norweger; wir hoffen, dass eine Lösung möglich ist. Wir sind daran, mit Ägypten, mit den Staaten des südlichen Afrika und mit Korea zu verhandeln. Andere Verhandlungen eröffnen wir in diesem Jahr mit Thailand, mit den Staaten des Arabischen Golfes, mit Algerien und mit zwei anderen wichtigen Partnern. Wir sind daran, mit Japan die Diskussionen so weit zu treiben, dass vielleicht Verhandlungen eröffnet werden können.

Von verschiedener Seite ist die Frage eines Handels- oder Freihandelsabkommens mit den USA gestellt worden. Das setzt voraus, dass wir uns innerhalb der Efta einig werden. Ich habe intensive Gespräche mit dem norwegischen Handelsminister geführt und werde sie in den kommenden Wochen weiterführen. Wir sind in Washington vorstellig geworden: Unser Staatssekretär hat erste Abklärungen getroffen, und es ist vorgesehen, dass auch ich selber dieses

Jahr Washington besuche. Wir müssen natürlich die Möglichkeiten gut abklären. Es besteht eine Disponibilität auf amerikanischer Seite, entweder einen Wirtschaftszusammenarbeitsvertrag oder eventuell ein Freihandelsabkommen abzuschliessen. Andere Kandidaten sind Mercosur, Indonesien, Syrien, Peru – Sie sehen, wir bleiben hier nicht untätig. Grenzen setzen uns einerseits unsere eigenen Ressourcen und andererseits die Disponibilität unserer Partner. Japan zum Beispiel sagt: Wir sind daran interessiert, zuerst in der Region Freihandelsabkommen abzuschliessen und dann vielleicht mit der Schweiz. Nun zeigen die jüngsten Kontakte, dass es vielleicht schneller vorangehen könnte.

J'en viens aux questions posées par Monsieur Cuche, notamment à la question des services, puisqu'il m'a remis une résolution de la commune de Romainmôtier. Je veux volontiers répondre à tout cela.

Vous avez pris l'exemple du soleil: il faut faire attention dans les classements, le soleil, aujourd'hui, compte encore parmi ce que l'on appelle les biens libres, c'est-à-dire qu'on peut en consommer, pour autant que le ciel le permette, à un coût marginal qui est égal à zéro. Beaucoup de biens étaient libres par le passé, même le sol – à un moment donné – et l'eau, mais ils ne le sont plus. Donc, on ne peut pas exclure qu'un jour le soleil devienne trop rare ou en tout cas que l'on doive édicter – on le fait d'ailleurs déjà – des règles pour savoir comment on peut l'exploiter au moyen de panneaux solaires ou d'autres installations. Ne pas confondre cela avec les biens collectifs, qui sont des biens que l'on produit, mais qui peuvent satisfaire des consommateurs supplémentaires, sans frais nécessairement; ils provoquent par conséquent le phénomène du passager clandestin et ne peuvent être gérés par le marché. On est plutôt dans cette situation: quels sont les biens sur la distribution desquels l'Etat doit intervenir parce que le marché ne peut le faire et quels sont les biens dont la distribution peut être réglée par le marché?

Autre remarque sur ce sujet: la Suisse est un pays dont, aujourd'hui, 70 pour cent de l'activité – probablement même davantage du produit –, de la valeur ajoutée créée dans le pays, proviennent du secteur des services. Alors, pouvons-nous mener une politique économique extérieure qui ne s'intéresse qu'à l'industrie et à l'agriculture? Bien sûr que non! Déjà, quand j'étais à l'école primaire, on m'a expliqué que la Suisse était un pays qui n'avait pas beaucoup, si ce n'est pas du tout, de matières premières et que, par conséquent, elle s'était spécialisée dans des activités qui nécessitaient peu de matières premières et beaucoup de valeur ajoutée sous forme de travail, et de travail spécialisé: on donnait l'exemple des montres. L'astuce serait d'aller vers des secteurs qui nécessitent encore moins de matières premières que les activités industrielles: les services. Donc, notre avenir est certainement dans le secteur des services, sans éliminer totalement ou nécessairement les autres. Nous devons donc réfléchir aux domaines dans lesquels nous pouvons exporter des services.

Vous avez cité des domaines tels que les écoles, la santé – je reviendrai sur la question de l'eau également. Il n'est pas du tout question, dans le cadre de l'OMC, de s'attaquer à l'école publique ou à la santé publique, mais nous avons une tradition d'écoles privées dans ce pays qui ont depuis toujours accueilli des gens du monde entier qui viennent se former chez nous. C'est une branche d'activité qui est tout aussi honorable que d'autres, et cela n'a jamais remis en question notre école publique. Nous avons, dans notre pays, des instituts qui accueillent des patients du monde entier qui viennent se faire soigner chez nous, sans nuire à notre santé publique. Et, par conséquent, il est important que nous puissions nous positionner dans des domaines où d'autres s'affichent.

Vous avez en Thaïlande des hôpitaux qui fonctionnent plutôt comme des hôtels, qui offrent des services de première qualité et où viennent se faire soigner des gens des Etats-Unis, du Japon ou encore du golfe Arabo-Persique. Pourquoi ne serions-nous pas dans le coup? Le système de la négociation, actuellement, à l'OMC, repose sur le principe de l'offre, c'est-à-dire que chaque pays ne va négocier que dans les

chapters pour lesquels il a fait des offres. Alors, si on ne fait pas d'offre, on n'a pas besoin d'avoir peur. Donc, nous ne ferons pas d'offre dans toute une série de domaines, par exemple en ce qui concerne l'école publique, la santé publique ou l'eau.

Depuis deux ans, sur notre site il est publiquement possible de constater que nous ne ferons pas d'offre dans le domaine de l'eau. Je le dis à chaque occasion et je vous le redis, et je le redis à Romainmôtier: je suis sûr que, demain, vous reprendrez la parole pour dire que nous ne devons pas libéraliser l'eau. Lorsque, à la fin du parcours, nous ne l'aurons pas fait parce que nous ne l'avons jamais voulu, vous viendrez néanmoins dire: «Si nous n'avions pas été là, vous l'auriez peut-être fait.» Alors restez vigilants, c'est votre droit, mais je peux vous le dire: nous ne voulons pas libéraliser l'eau, mais nous ne voulons pas être absents dans un secteur où nous avons des intérêts majeurs à défendre.

En ce qui concerne les inquiétudes de Madame Maury Pasquier, notamment en ce qui concerne le développement du respect des droits de l'homme – vous n'étiez pas la seule, il y a en a d'autres qui sont intervenus à ce sujet –, j'aimerais aussi affirmer – et vous le retrouverez dans le rapport – que, pour la Suisse, la contribution au développement économique des pays partenaires est l'une des trois dimensions de notre politique économique extérieure. Cela reste vrai dans ce rapport. Dans mon département, par le biais de la coopération économique, nous mettons en oeuvre un programme ciblé qui définit le développement durable et la promotion de la croissance comme des priorités.

Je vous donne deux exemples où nous sommes actifs: les «Cleaner Production Centers» sont des centres de conseil que nous créons dans des pays en développement pour les entreprises qui souhaitent pouvoir produire dans des conditions conformes à la durabilité. Nous voulons aider par ce biais ces pays à développer une industrie et en même temps prévenir les erreurs que nous avons faites dans nos pays dans le passé par rapport à l'environnement. Donc, c'est une action qui me semble importante pour «qualifier» ces pays à devenir des offreurs importants et efficaces sur le marché.

Autre exemple: nous constatons qu'au sein de l'OMC, beaucoup de pays en développement n'ont pas les moyens de participer activement au débat, parce qu'ils n'ont pas les experts en la matière et que le sujet est extrêmement complexe; donc nous soutenons des organisations qui veulent aider ou former ces gens. Nous avons soutenu par exemple les pays qui ont lancé l'initiative au sein de l'OMC, à propos du coton, qui est un problème majeur, puisque beaucoup de pays en développement – je pense par exemple à ceux de l'Afrique de l'Ouest – subissent des pertes importantes parce qu'ils ne peuvent accéder sur ces marchés aux subventionnements de producteurs, notamment des Etats-Unis. Par conséquent, nous sommes très attentifs à cela. A la limite, on peut même dire que ce n'est pas totalement désintéressé parce qu'à mesure que ces pays se développent, ils deviennent pour nous des partenaires intéressants et nous y retrouverons même aussi notre avantage.

De même pour les droits de l'homme: le respect des droits de l'homme – je le dis avec fermeté –, par tous les Etats, est une priorité de la politique étrangère suisse; par conséquent, c'est une dimension qui doit être présente aussi dans le domaine de notre politique économique extérieure. La question sur laquelle nous pouvons éventuellement nous chipoter est de savoir comment, par quelle stratégie, nous allons le faire; et, personnellement, je n'ai pas fait les meilleures expériences de promotion des droits de l'homme en tant que professeur ou maître d'école pour les pays auxquels nous sommes allés dire ce que nous savions, car j'ai eu alors le sentiment d'une relation unilatérale. Nous avons eu des succès lorsqu'un dialogue s'est instauré. Nous avons peut-être aussi encore des choses à apprendre en la matière, et nous voulons être des partenaires.

Herr Bühner hat verschiedene Fragen aufgeworfen. Eine, die auch Herr Wobmann und Herr Schibli erwähnt haben, ist die Frage der Bürokratie, des Abbaus von unnötigen Regeln-

gen. Ich pflichte Ihnen hier voll bei; der Bundesrat hat ein Programm, ich betrachte mich als der Mahner. Ich erlaube mir, hier auch eine Mahnung anzubringen: Sie haben mir heute früh nicht zugehört, als Sie die doppelte Abrechnung für die Sozialversicherungen akzeptierten. Da haben Sie wieder eine zusätzliche Bürokratie aufgebaut – ich bedaure das. Es ist einfach so in diesem Land: Alle kommen und sagen, man müsse hier abbauen, und bei der ersten Gelegenheit macht man genau das Gegenteil. Also helfen Sie mir bitte, nennen Sie mir Beispiele, ich werde dagegen antreten. Cassis de Dijon – dieses Prinzip hat auch Herr Leu angeführt. Es gibt hier zwei Möglichkeiten. Die eine ist eine bilaterale, d. h. eine verhandelte gegenseitige Anerkennung. Das ist kompliziert; das hätten wir mit dem EWR gehabt. Aus müssen wir wissen, ob die EU ein Interesse daran hat, über so etwas mit uns zu verhandeln. Dann wacht schon Herr Rennwald darüber, der sagt, wir wollten keine Bilateralen III. Die Vorstösse, die jetzt im Parlament sind, sind einseitig – einseitig, indem wir nicht das Gegenrecht erhalten; das ist die andere Möglichkeit. Ich stehe aber diesen Anliegen sehr positiv gegenüber. Deshalb hat das Seco den Auftrag, hier so rasch wie möglich abzuklären. Wir haben ja aufgrund eines Postulates Leuthard den Auftrag, einen Bericht zu schreiben, und mit einem Vorstoss Hess Hans im Ständerat wurde konkret die Übernahme der Regulierungen der EU empfohlen.

Es gibt verschiedene Schwierigkeiten, die ich genau abgeklärt haben will. Ich habe den Bericht noch nicht, aber ich sehe wenigstens zwei wichtige Fragen, wenn es um die einseitige Anerkennung geht. Die eine betrifft die Inländerdiskriminierung. Wenn wir alle 25 möglichen Regelungen der EU als gleichwertig akzeptieren, auch wenn gewisse Regelungen etwas weniger hohe Anforderungen stellen als wir, wird natürlich der Schweizer Produzent Mühe haben, konkurrenzfähig zu bleiben, weil die europäischen Regeln leichter einzuhalten sind. Es gibt dann zwei Möglichkeiten: Entweder geht er ins Ausland und produziert dort, und das wollen wir nicht unbedingt, oder wir erlauben ihm, in der Schweiz nach slowenischen, zyprischen oder anderen Regeln zu produzieren. Wer kontrolliert das? Sie sehen: So einfach ist das nicht, wir müssen diese Fragen abklären.

Zur zweiten Schwierigkeit: Wenn es einseitig ist, ist es in der WTO nicht geschützt. Denn in der WTO können bilaterale Abkommen getroffen werden. Einseitig heisst, dass Sie die Regel der Meistbegünstigung anwenden müssen. Wenn Sie also der EU etwas gestatten, dann müssen Sie es rechtlich allen WTO-Ländern gestatten. Ich will zuerst Klarheit darüber haben, was da auf uns zukommt. Ich gehe davon aus, dass wir das Cassis-de-Dijon-Prinzip anwenden können, aber wir müssen einige wichtige Ausnahmen vorsehen – denken Sie zum Beispiel an das Patentrecht. Ich will hier kein Eigentor schießen, geben Sie uns deshalb doch die paar Wochen Zeit, die wir brauchen, um die Sache richtig abklären und dann einen fundierten Antrag stellen zu können!

Sie haben sich auch nach der Osec erkundigt; dazu zwei Bemerkungen: Es gibt seit 2004 einen neuen Leistungsauftrag und eine neue Leitung. Auch wurde z. B. das Subsidiaritätsprinzip bereits weitgehend umgesetzt, und die Ausbildung ist jetzt ausgenommen. Wir sind beim Messewesen daran, das Ganze entsprechend zu regeln. Wir haben bis jetzt mit diesen Reformen eigentlich gute Erfahrungen gemacht. Dazu kommt nun die Botschaft, die der Bundesrat vor einigen Tagen verfasst hat. Sie werden sie sehr wahrscheinlich schon haben oder in den kommenden Tagen erhalten. Es hat zwei Berichte gegeben, einen von der Finanzkontrolle – wir befolgen die Ratschläge, die gegeben worden sind, weitgehend oder fast vollständig – und einen, der durch ein privates Büro über die Exportförderung gemacht worden ist. Das Material liegt vor, und Sie werden demnächst darüber debattieren können.

Sie haben auch noch die Reisetätigkeit erwähnt. Ich bereise in der Tat recht viele Länder. Ich gehe überall hin, wo wir Probleme, wo wir Interessen haben, und ich lasse mich meistens auch durch Vertreter der Wirtschaft begleiten. Die

Zusammenarbeit ist sehr gut, insbesondere mit der Economiesuisse.

Madame Zapfl a posé la question de la BERD et des réformes des législations dans le domaine de la sécurité des échanges commerciaux et des droits des créanciers dans les pays de l'Europe du Sud-Est et les Républiques de l'ex-Union soviétique. La BERD, qui a une certaine expérience en la matière, signale dans nombre de ces pays les législations inadéquates dans le domaine de la sécurité des échanges commerciaux. Dans ce contexte, le SECO a conclu un accord-cadre de 1,5 million d'euros avec la BERD, qui permettra de financer ainsi cinq ou six projets dans les pays qui, au SECO, sont prioritaires pour l'aide au développement et l'aide aux pays de l'Est. Cela devrait permettre aux gouvernements concernés d'améliorer le cadre légal pour les échanges commerciaux.

Ce que nous constatons dans ces pays, c'est qu'après avoir formé un seul grand ensemble avec l'Union soviétique, il y a eu le démantèlement, et on a mis en place des frontières là où, pendant des années, il n'en existait pas. C'est dommage, parce que l'on a «édifié» toute une série de complications pour le commerce régional, que l'on aurait pu éviter.

Herr Spuhler hat die Frage nach der Wachstumsschwäche gestellt. Ich möchte hier nicht ins Detail gehen. Wir haben schon vor drei Jahren einen Wachstumsbericht veröffentlicht. Wir haben ein Wachstumsprogramm. Ich glaube, die Frage ist erkannt. Die Ärzte, die sich am Bett des Patienten befinden, haben leider – oder vielleicht zum Glück – nicht immer alle dieselben Mittel und dieselben Diagnosen. Wichtig ist vor allem, dass wir den Mut haben – da gebe ich Herrn Spuhler Recht –, die internen Reformen, die wir brauchen, umzusetzen.

Herr Leu hat den Problemkreis der Landwirtschaft im Rahmen der WTO angesprochen, und hier insbesondere die Frage nach dem Strukturwandel gestellt. Wenn wir zu dem voraussichtlichen Resultat, das sich anbahnt, kommen – Sie werden diesen Herbst die Vernehmlassungsunterlagen auch haben –, werden wir eine Landwirtschaftspolitik betreiben müssen, die bis im Jahr 2011 auf einem Restrukturierungsrhythmus basiert, der 2,5 bis 3 Prozent jährlich ausmachen kann. Das ist ein relativ strammer Rhythmus. Er ist nötig, wenn wir aufgrund der verschiedenen Leitplanken, die der Bundesrat jetzt einmal festgelegt hat, wenigstens das heutige nominelle Einkommen erhalten wollen. Ein solcher Strukturwandel setzt natürlich allerhand flankierende oder erleichternde Massnahmen voraus. Ich denke da nicht nur an die Ausstiegshilfen, sondern auch an das Bodenrecht, an die Raumplanung, an Kostensenkungen und an vieles mehr. Ich gehe davon aus, dass die Landwirtschaft gesamthaft 1,5 bis 2 Milliarden Franken weniger Ertrag haben wird. Das wollen wir etwa zu einem Drittel durch den Strukturwandel, zu einem weiteren Drittel durch Kostensenkungen und für den Rest durch eine Übertragung der Mittel der Marktstützung in die Direktzahlungen überbrücken. Sie sehen, es ist ein tieferschürfendes Programm. Ich bin überzeugt, dass es ein Programm ist, das für unsere Landwirtschaft Zukunft bedeutet, das unserer Landwirtschaft auch die Garantie gibt, dass in Zukunft das, was ja alle wollen, nämlich eine produzierende Landwirtschaft, aufrechterhalten bleibt.

Monsieur Rennwald a posé diverses questions concernant la politique européenne. Nous n'avons pas l'intention de mettre en place des négociations bilatérales III, c'est-à-dire un groupe, un paquet. Mais vous ne devez pas vous attendre à ce que nous laissions en friche nos relations avec l'Union européenne. C'est un réseau qui existe, formé par des accords, des règlements, des contacts, des lacunes, réseau que nous devons entretenir, sans quoi la qualité de nos relations avec l'Union européenne va s'effriter.

Monsieur Banga a abordé la question de l'électricité. C'est certainement un sujet où il est dans notre intérêt de trouver des solutions, puisque nos entreprises sont aussi très présentes dans le domaine des échanges d'électricité; d'ailleurs notre système ne peut fonctionner qu'à condition qu'on puisse exporter aux heures de pointe et importer lorsque la consommation est faible. Que le secteur nécessite de sérieu-

ses réformes pour ce qui est de l'électricité, je crois que cela a été démontré ces jours passés, par des chiffres qui décrivent combien la structure des prix de cette énergie est différenciée, pour ne pas dire plus, dans notre pays. Il est donc nécessaire de mettre en place quelque chose qui fonctionne. Nous avons entamé en fait, avec les négociations bilatérales II, les négociations sur dix dossiers, dont l'un – celui sur les services – a été mis au frigo il y a deux ans maintenant, d'entente avec l'Union européenne. Alors, quand Monsieur Banga me pose la question de savoir ce que l'Union européenne désire en matière de services de proximité de l'Etat, je peux lui répondre: «Rien, en soi.» Tout dépendra de ce que la Suisse sera prête à négocier ou pas en la matière; et, à partir de ce moment-là, nous accepterons ce que nous aurons bien envie d'accepter et nous refuserons le reste.

Je vous fais la même remarque que celle que j'ai faite tout à l'heure sur les services. Nous ne pouvons pas ignorer ce domaine, qui est essentiel pour notre économie, et c'est bien sûr avec nos voisins que les échanges en matière de services sont les plus faciles et les plus souhaitables. Par conséquent, si nous voulons à l'avenir pouvoir tabler là aussi sur de bonnes relations, il faudra bien que le Conseil fédéral s'interroge sur la nécessité de reprendre ou non des négociations dans ce domaine.

Il y a d'autres sujets, peut-être de moindre importance. Je pense notamment aux AOC où des problèmes surgissent dans l'application de notre politique en la matière, parce que les mêmes appellations sont aussi utilisées dans l'Union européenne.

Je crois que nous avons intérêt à discuter avec nos voisins pour trouver des solutions. Donc, nous aurons toujours beaucoup de travail pour gérer nos relations avec l'Union européenne, sans pour autant anticiper maintenant à propos du rapport que le Conseil fédéral a l'intention de publier en 2006 ou 2007 sur toutes les stratégies possibles, y compris celle de l'adhésion.

Ich komme nun noch zu den beiden Rückweisungsanträgen; zuerst zum Antrag der Minderheit Müller Geri, die Kapitel 1 von den folgenden abtrennen möchte: Ich glaube, dass der Bericht, den Ihnen der Bundesrat vorgelegt hat, genau der gesetzlichen Bestimmung entspricht. Artikel 10 Absatz 1 des Bundesgesetzes über ausserwirtschaftliche Massnahmen lautet nämlich: «Der Bundesrat berichtet der Bundesversammlung mindestens einmal jährlich über wichtige Fragen der Aussenwirtschaftspolitik.» Seit jeher wurden im ersten Kapitel allgemeine Fragen behandelt, so die Globalisierung im Jahre 2001, die ausserwirtschaftliche Verflechtung 2002, die Personenfreizügigkeit 2003. Ich hoffe, Sie verargen es dem Bundesrat nicht, wenn er sich für einmal etwas prospektiver gezeigt hat. Sie sollten das eher begrüessen.

Übrigens nützt es nichts, diesen ersten Teil abzutrennen; das würde am Bericht nichts ändern. So aber ist es möglich, im Rahmen der kommenden Berichte mit den neuesten Entwicklungen daran anzuknüpfen. Ich werde jedenfalls, solange ich dazu etwas zu sagen habe, dafür sorgen, dass die Strategiediskussion weiterhin auch vor dem Parlament stattfinden kann.

Ich bitte Sie also, diesen Antrag abzulehnen.

Dasselbe gilt für den Rückweisungsantrag der Minderheit Gysin Remo, verbunden mit der Auflage der Kohärenz mit den Millenniumszielen. Ich habe schon unterstrichen, dass wir die Entwicklungszusammenarbeit voll und ganz in unsere Aussenwirtschaftspolitik integrieren. Zudem wäre es verheerend, wenn wir nicht mehr verhandeln könnten.

Noch ein Wort zur demokratischen Binnenpolitik und der angeblich undemokratischen Aussenpolitik: Ich war bis heute überzeugt, dass es in unserem Land überall demokratisch zugehe, auch in der Aussenpolitik. Zwar weist die Bundesverfassung dem Bundesrat die Besorgung der auswärtigen Angelegenheiten zu, unter Beachtung der Mitwirkungsrechte des Parlamentes. Das ist ein klarer Auftrag auf Verfassungsebene. Wenn wir völkerrechtliche Verträge schliessen, kommt das Parlament zum Zug. Sie haben Artikel 166 der Bundesverfassung erwähnt: «Die Bundesversammlung beteiligt sich an der Gestaltung der Aussenpolitik» (Abs. 1) und

«genehmigt die völkerrechtlichen Verträge» (Abs. 2); es gibt zudem die Referendumsmöglichkeiten. Was ist da nicht demokratisch? Auch wenn wir über das Wasser verhandeln sollten – ich habe zwar gesagt, dass wir das nicht tun –, würde das Ergebnis später auf dem Tisch des Parlamentes landen, wo Sie dann demokratisch dagegen oder dafür sein könnten. Sie können nicht sagen, dass eine sei demokratisch und das andere undemokratisch. Auch hier wird durch die Rückweisung nichts erreicht, denn der Bundesrat wird Sie auch in Zukunft über die Aussenwirtschaftspolitik informieren, ob Sie nun diesen Bericht zurückweisen oder nicht. Zum Schluss: Es geht bei der Aussenwirtschaftspolitik um eine der zentralen Fragen der Wachstumspolitik. Es geht darum, Marktzugang zu erhalten. Das ist im Rahmen dessen, was die Schweiz über Jahrhunderte getan hat, aber wir müssen die neuen Gegebenheiten einbauen.

Es geht darum, eine integrierte Politik zu betreiben, integriert, was die verschiedenen Bereiche anbetrifft – Binnen- und Aussenwirtschaft –, aber auch gesamthaft, was unsere Partner anbetrifft. Vergessen Sie aber nie, dass Aussenwirtschaftspolitik immer mehr als einen braucht, es braucht auch die anderen.

La présidente (Meyer Thérèse, présidente): Les rapporteurs renoncent à s'exprimer. Nous les remercions, cela nous rapproche de l'heure de l'apéritif.

J'aimerais féliciter notre collègue Kurt Fluri: Er ist vorgestern stolzer Vater von Zwillingen, zwei Söhnen, geworden. Il contribue ainsi à relever le taux de natalité, ce qui est un bonheur pour sa famille, mais aussi pour financer l'AVS. Merci! (*Applaudissements*)

Je félicite aussi notre collègue Jean-Michel Cina, président du groupe démocrate-chrétien, qui a été élu au Conseil d'Etat valaisan. (*Applaudissements*)

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen
L'entrée en matière est décidée sans opposition*

La présidente (Meyer Thérèse, présidente): Nous allons maintenant voter sur les deux propositions de renvoi au Conseil fédéral.

Erste Abstimmung – Premier vote
Für den Antrag der Minderheit Müller Geri 14 Stimmen
Dagegen 127 Stimmen

Zweite Abstimmung – Deuxième vote
Für den Antrag der Minderheit Gysin Remo 59 Stimmen
Dagegen 91 Stimmen

*Vom Bericht wird Kenntnis genommen
Il est pris acte du rapport*

1. Bundesbeschluss über das Freihandelsabkommen zwischen den Efta-Staaten und der Republik Libanon sowie das Landwirtschaftsabkommen zwischen der Schweiz und Libanon

1. Arrêté fédéral portant approbation de l'accord de libre-échange entre les Etats de l'AELE et la République du Liban, et de l'accord agricole entre la Suisse et le Liban

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress, Art. 1, 2
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, art. 1, 2
Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

*Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble
(namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 05.009/1880)*
Für Annahme des Entwurfes 134 Stimmen
(Einstimmigkeit)

2. Bundesbeschluss betreffend Rückversicherungsverträge auf dem Gebiet der Exportrisikogarantie zwischen der Schweiz und den Niederlanden sowie zwischen der Schweiz und Polen

2. Arrêté fédéral concernant deux accords de réassurance en matière de garantie contre les risques à l'exportation, l'un entre la Suisse et les Pays-Bas, l'autre entre la Suisse et la Pologne

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress, Art. 1, 2
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, art. 1, 2
Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

*Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble
(namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 05.009/1881)*
Für Annahme des Entwurfes 147 Stimmen
(Einstimmigkeit)

*Schluss der Sitzung um 13.00 Uhr
La séance est levée à 13 h 00*